MASTER
NEGATIVE
NO. 94-82195-6

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:
Kaiser, Hans

Title:
Arbeitsbeschaffung durch hochbauten

Place:
[Stuttgart]

Date:
1936

94-82195-6
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

BUSINESS

264
K12

Kaiser, Hans, 1908-
Arbeitsbeschaffung durch hochbauten, insbesondere ihre volkswirtschaftlichen fernwirkungen (entwickelt am Heidelberger klinikbau) ... von Hans Kaiser ... [Stuttgart, Strecker u. Schröder, 1936.
2 p. l., 3-58 p., 1 l. incl. tables, diagrs. 21cm.

Thesis, Heidelberg.
"Literaturverzeichnis": p. 57-58.

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 12x IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9|15|94 INITIALS: W.W

TRACKING # : MSH 02209

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP 13″x18″
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

1.0

1.1

1.25

1.4

1.6

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

A5

A4

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Century

A&P

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

ARBEITSBESCHAFFUNG DURCH HOCHBAUTEN

Hans Kaiser

D264 K12

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY

School of Business

Univ. Exchange MAY 26 1937

School of Business Library
Columbia University

Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten

insbesondere ihre volkswirtschaftlichen Fernwirkungen

(Entwickelt am Heidelberger Klinikbau)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer

Hohen Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg

vorgelegt von

Hans Kaiser
Diplom-Volkswirt

1936

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARY

Business
D264
K12

Referent: Prof. Dr. Carl Brinkmann

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1935

Druck von Strecker u. Schröder, Stuttgart

13 Jan 38 MEB
7 Aug 41 MXS 180

Meinem lieben Schwiegervater

Herrn Stadtschulrat a. D. Wilhelm Günzel

in Verehrung gewidmet

Plan

I. Einleitung: Seite

1. Der Kampf der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit 1
2. Die Begriffe „Nahwirkungen und Fernwirkungen der Arbeitsbeschaffung" 8

II. Der Neubau der Heidelberger Klinik:

1. Seine Geschichte 9
2. Seine Finanzierung 9

III. Die Nahwirkungen:

1. Mehrbeschäftigung von Unternehmern und Arbeitern 10
2. Mehrverbrauch an Baustoffen 11
3. Bildung zusätzlicher Einkommen 11
4. Teilzusammenfassung 15

IV. Die Fernwirkungen:

1. Ihr Bereich 16
2. Fernwirkungen durch das Unternehmereinkommen 18
   a) Zusätzliche Nachfrage auf dem Markte der Produktionsgüter . . . 19
   b) Gesteigerte Produktion durch erhöhte Kapazitätsausnutzung und Mehrbeschäftigung von Arbeitern 19
   c) Bildung von Geldkapital und Sachkapital 20
3. Fernwirkungen durch das Arbeitereinkommen 20
   a) Zusätzliche Nachfrage auf dem Markte der Konsumgüter 20
   b) Erhöhung der Einzelhandelsumsätze und der Konsumgüterproduktion 22
   c) Tilgung von Schulden 22
4. Fernwirkungen durch Unternehmer- und Arbeitereinkommen 22
   a) Erhöhtes Aufkommen an Steuern 22
   b) Erhöhtes Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen 23
   c) Senkung der Lasten 23
5. Die Vervielfältigung der Wirkungen im Durchlaufen des Geldes durch 18 Einkommenkreisläufe 23
6. Teilzusammenfassung 23

V. Die Wirkungen der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten:

1. Der Inhalt des Begriffs Hochbau 24
2. Die Not des deutschen Hochbaues 27
3. Die Maßnahmen dagegen 28
4. Der Erfolg dieser Maßnahmen 29
   a) Vermehrung des Bauvolumens 29
   b) Verminderung der Arbeitslosigkeit 34
5. Die Fernwirkungen 36
   a) Beim Baugewerbe 36
   b) Beim Baustoffhandel 38
   c) Bei der Baustoffproduktion 40
   d) Auf die Preise und Löhne 41
   e) Auf den Geldmarkt 49
   f) Auf den Wohnungs-, Grundstücks- und Häusermarkt 51
   g) Auf den Verkehr 54
   h) Auf die öffentlichen Finanzen 54

VI. Schlußzusammenfassung 55

Literaturverzeichnis 57

I. Einleitung

1. Als am 2. Februar 1933 die Reichsregierung mit einem „Aufruf zur gemeinsamen Wiederaufbauarbeit von Staat und Volk" an die Öffentlichkeit trat, da horchte die Welt auf. Wie? — der neue Reichskanzler will nichts Geringeres in Angriff nehmen als „die Reorganisierung der deutschen Wirtschaft"?

Und dies mit zwei großen Vierjahresplänen?:

„Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation" und

„Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit". —

Höhnisch sprachen die Politiker von großen Worten, die nur agitatorische Wirkung haben sollten, und auch bei führenden Männern der Wirtschaft überwog der Zweifel an die Möglichkeit des Gelingens: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube", so klang es vielfach. Bei der großen Masse des Volkes aber fehlte es an solchem „Glauben" nicht. Das zeigten vier Wochen später die Reichstagswahlen, die die wesentlichsten politischen Voraussetzungen zur Durchführung der Riesenaufgabe schufen: Beseitigung der parlamentarischen Hemmungen und Durchführung des autoritären Führerprinzips. Jetzt erst konnte die neue Regierung an die ihr am vordringlichsten erscheinende Aufgabe herangehen, an die Wiedereingliederung der Erwerbslosen in die Reihe der Schaffenden, an eine Aufgabe, um die sich schon die vorausgegangenen Regierungen mit unzulänglichem Erfolge bemüht hatten. Jetzt erst konnte der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit besonderer Kraft, mit „eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer" und mit der Aufwendung größerer Mittel aufgenommen werden. Und wie es dem Feldherrn darauf ankommt, in offener Feldschlacht möglichst schnell zu einem ersten Erfolg zu kommen, das Vertrauen in seine Führung zu heben und sich damit eine Vorbedingung zu weitern Erfolgen zu schaffen, so waren auch die Maßnahmen der neuen Regierung zunächst darauf eingestellt, schlagartig ein in die Augen springendes Ergebnis zu erreichen, nämlich in kürzester Zeit möglichst viele Menschen zu Arbeit und Brot zu bringen.

Mit der Bereitstellung von einer Milliarde Reichsmark für Zwecke der Arbeitsbeschaffung zur Durchführung des Reinhardtprogramms, dem durch das

erste Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 die verfassungsmäßige Grundlage gegeben war, wurde der Großkampf eröffnet. Die praktische Frage: An welchen Punkten setzen wir zunächst ein? wurde dahin beantwortet: Bei dem Straßenbau, bei Flußregulierungen, Meliorationen und ähnlichem. Hier liegt arbeitsintensive Gütererzeugung vor; hier benötigt man wenig Material, dagegen ist der Lohnanteil hoch — bis zu 60 v. H. —, und darum können hier verhältnismäßig die meisten Menschen beschäftigt werden.

Dabei war weiterhin wohl die Überlegung maßgebend, daß die im Tiefbau vorhandenen Möglichkeiten arbeitsintensiver Gütererzeugung nur wenige Facharbeiter erforderte und die Einstellung vieler jener Erwerbslosen zuließ, die bei dem Darniederliegen der Wirtschaft noch lange auf ihre Arbeit hätten warten müssen und die nun wenigstens von dem seelischen Druck, der aus der Untätigkeit entsprang, befreit wurden.

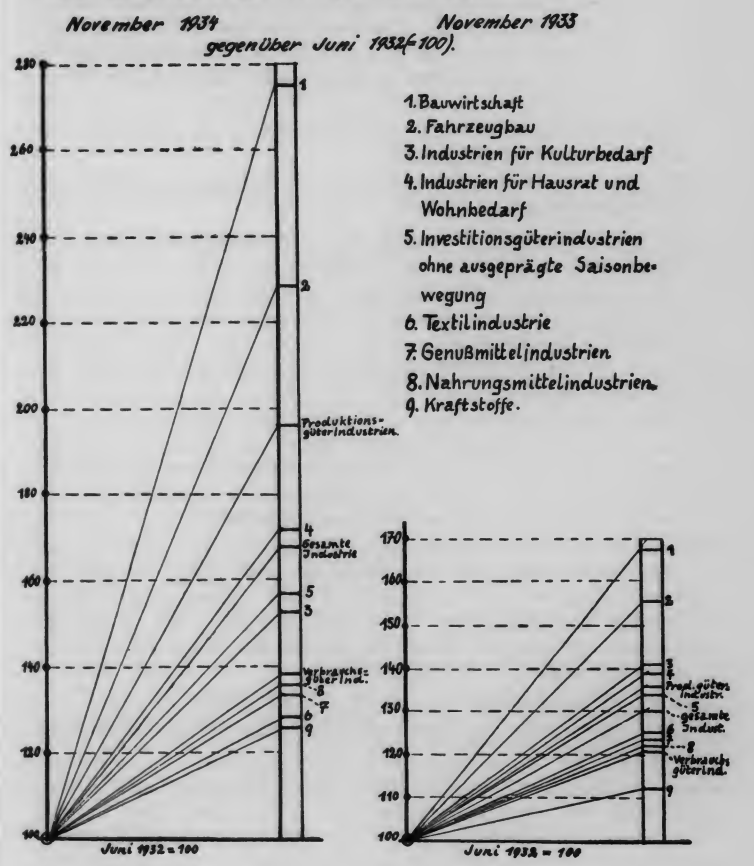
Schon um die Mitte des Jahres 1933 waren im Tiefbau wieder mehr Menschen beschäftigt als im Jahre 1931, und bald darauf wurde auch schon der Beschäftigungsgrad des Jahres 1930 überschritten. Wenn die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden in der Bauwirtschaft von 100 im Juni 1932 auf 170 im November 1933 gestiegen ist und damit die Steigerung aller Industriegruppen übertroffen hat, so ist dies in erster Linie den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für den Tiefbau zuzuschreiben. (Siehe Beilage 1; Schaubild, das zugleich die Erhöhung der Beschäftigung bis November 1934 zeigt.)

So naheliegend es auch für die Einleitung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit war, bei der Arbeitsbeschaffung den Tiefbau als besonders arbeitsintensive Form der Gütererzeugung zu betonen, so waren sich die maßgebenden Stellen doch auch von vornherein bewußt, daß mit ihrem in die Augen springenden Erfolge, mit der ruckweisen Erhöhung der Beschäftigtenziffer, noch nicht eine wesentliche und fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Lage überhaupt gegeben sei. Hatte doch auch Staatssekretär Reinhardt, der Schöpfer des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, erklärt, daß die Reichsregierung eine Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht bereits in einer gesunkenen Arbeitslosenziffer erblicke, sondern nur in einer Vermehrung der Arbeit. — Es liegen eben nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Erzeugungsstätten brach, und der erste Leiter der Gesamtorganisation der gewerblichen Wirtschaft, Keßler, sah richtig, wenn er auf der ersten Tagung der deutschen Wirtschaftsführer in Berlin am 13. März 1933 sagte: „Neben der Kaufkraft des einzelnen muß die der Betriebe gehoben werden." —

Wohl steht im Vordergrunde der staatlichen Fürsorge der schaffenswollende Mensch als Glied der Volksgemeinschaft, wer ihm aber nachhaltig helfen will, kann es nur dadurch, daß er den wirtschaftlichen Gesamtorganismus zum normalen Funktionieren bringt. Denn nur dann ergibt sich zwanglos die natürliche Eingliederung des einzelnen Wirtschafters

Beschäftigung wichtiger Industriegruppen

Zahl der geleisteten Arbeitsstunden



in Arbeit und Leistung zur Verwirklichung des Ideals, das Carlyle vorschwebt, wenn er sagt: „Gesegnet ist, wer seine Arbeit gefunden hat" („Arbeiten und nicht verzweifeln". Verlag der Blauen Bücher).

2. Arbeit! Welche Fülle und Tiefe liegt in diesem Wort beschlossen! Welche Vielfältigkeit in Voraussetzung und Wirkung! Und darum kann auch „Arbeitsbeschaffung" in einem so vielfach verflochtenen und auf Arbeitsteilung eingeschlossenen Gewebe, wie es unsere Volkswirtschaft darstellt, keine einfache, leichte Sache sein. Wenn wir dem Worte Arbeitsbeschaffung mit der Sprachforschung zu Leibe rücken, so besagt es *Beischaffung* von Arbeit. Dies setzt ein Dreifaches voraus:

1. Arbeit muß vorhanden sein, ungeschaffte Arbeit, die Möglichkeit der Arbeit, unbefriedigte Bedürfnisse.
2. Menschen, die für eine Gegenleistung zur Arbeitsleistung fähig und bereit sind; Arbeitsangebot, und
3. Menschen, die fähig und bereit sind, eine Arbeitsleistung mit einer Gegenleistung zu vergüten; Arbeitsnachfrage.

Die beiden ersten Voraussetzungen waren gegeben:
Ein Massenbedarf an Gütern und Leistungen und ein Heer von arbeitslosen Arbeitswilligen.

Die dritte Voraussetzung aber war so gut wie nicht gegeben; es fehlte an der Nachfrage nach Arbeit.

Jetzt sprang der Staat ein,

1. indem er über seinen gewöhnlichen Bedarf an Arbeit und an Leistungen durch Beamte, Angestellte und Staatsarbeiter hinaus nach Arbeit nachfragte und Mittel zur Vergütung der entsprechenden Leistungen bereitstellte (unmittelbare Arbeitsbeschaffung).
2. indem er zu seinen Bürgern sagte: Erhöht auch ihr, wenn es euch einigermaßen möglich ist, eure Nachfrage nach Arbeit! — Seid ihr bereit, zusätzliche Arbeit zu vergüten, so helfe ich euch durch verlorene Zuschüsse oder billige oder ganz zinslose Darlehen, oder ich verzichte teilweise oder ganz auf Mittel, die mir zufließen sollten (Steuern und Abgaben): mittelbare Arbeitsbeschaffung.

Aus der Arbeitsbeschaffung ergeben sich zunächst zwei Wirkungen:

1. die Mehrerzeugung von Gütern mit der Notwendigkeit zur Einstellung von Arbeitslosen,
2. die Schaffung neuer Einkommen, Unternehmer- und Arbeitereinkommen.

Wir nennen diese Wirkungen, die wir an Ort und Stelle sehen können, *die Nahwirkungen* und stellen ihnen gegenüber *die Fernwirkungen*. Wir vermeiden es, von Primär- und Sekundärwirkungen zu sprechen, wie dies dagegen die Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik",

13. Jahrgang 1933, Nr. 21, tut. Einmal, weil wir von Fremdwörtern den sparsamsten Gebrauch machen wollen, und zum andern, weil wir in der Neueinstellung von Arbeitern nicht „*die* Primärwirkung" sehen können. Als *Fernwirkungen* betrachten wir alle Wirkungen, die sich aus dem Weiterrollen des Geldes als Unternehmer- oder Arbeitereinkommen ergeben, das Wort „Ferne" räumlich und zeitlich genommen.

(G. Mackenroth spricht in einem Aufsatz „Deutsche Industriepolitik" [Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 140, S. 68] von Weiterwirkungen zweiten und fernern Grades.)

Beides, Nah- und Fernwirkungen, zeige uns der Neubau der chirurgischen Klinik an der Universität Heidelberg.

II. Der Neubau der Heidelberger Klinik

1. Dieser Neubau ist nur ein Teilstück der großzügigen Maßnahmen, die die badische Staatsregierung bald nach dem Umbruch zur Hebung des Volkswohls ergriff. Lange vorher hatten die Leitung der Universität und die Stadtverwaltung sich vergeblich bemüht, der altberühmten Klinik zu zeitgemäßen Räumen zu verhelfen. Erst dem Kultusminister Dr. Wacker war es vorbehalten, die dringliche Angelegenheit schnell in Fluß zu bringen und gemeinschaftlich mit dem Finanzminister W. Köhler auch die geldliche zu sichern. Die Stadtgemeinde erklärte sich bereit, den notwendigen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, soweit der Bedarf nicht durch Verwendung staatlichen Grundbesitzes gedeckt werden könne, und verpflichtete sich auch ein Sechstel der Gesamtbaukosten zu übernehmen. Nach Erledigung der Planungsvorarbeiten, die dem Badischen Bezirksbauamt Heidelberg übertragen waren, konnte schon am 14. November 1933 der Bau in Angriff genommen werden. Im Herbst 1934 stand der erste Teil, der Behandlungsbau, im Rohbau da, und man ging daran, den zweiten Teil, den Kranken-Hauptbau, zu beginnen. Heute, zwei Jahre nach dem ersten Spatenstich, ist der Innenausbau des Behandlungsbaus bis auf einige Arbeiten beendet, und beim Kranken-Hauptbau ist man daran, mit dem Ausbau zu beginnen.

2. Der gesamte Bauaufwand für den Behandlungsbau ist mit RM. 1 300 000,— veranschlagt. Träger der Arbeit ist das Badische Kultusministerium, dem die erforderlichen Geldbeträge aus den Arbeitsbeschaffungsmitteln des Reinhardtprogramms als Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Geldvermittler ist die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. (Offa).

Sämtliche mit der Bauausführung zusammenhängenden Arbeiten stehen unter der verantwortlichen Leitung von Oberregierungsbaurat Dr. Schmieder, Heidelberg. Bei meinen Untersuchungen wurde ich von Bauinspektor Treiber,

der mit der örtlichen Bauleitung betraut ist, in sehr entgegenkommender Weise durch sachverständige Aufklärungen unterstützt, wofür ich ihm auch an dieser Stelle herzlich danke.

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf feststehende Zahlen, auf tatsächlich bezahlte Beträge und wirklich verwendete Baustoffe. Nur bei einigen Arbeiten, die sich auf den noch nicht vollendeten Innenausbau des Behandlungsbaues beziehen, war dies heute noch nicht möglich. Um jedoch ein möglichst vollständiges und abgerundetes Bild der Wirkung der vorliegenden Arbeitsbeschaffung zu bekommen, das die Verausgabung des Gesamtbetrags zur Grundlage haben muß, war es notwendig, bei den noch ausstehenden Arbeiten die genau aufgestellten Kostenvoranschläge in die Berechnung einzustellen. Das Gesamtergebnis kann dadurch keine nennenswerte Veränderung erfahren.

III. Die Nahwirkungen

Versuchen wir zuerst die Nahwirkungen zu erfassen.

1. Indem mit dem bewilligten Gesamtbetrag von RM. 1 300 000,— ein neues Wirtschaftsgut, der Behandlungsbau der chirurgischen Klinik, erstellt wurde, bezogen 156 Unternehmer ein größeres oder kleineres Einkommen und konnten damit etwa 600 Arbeiter und Angestellte auf längere oder kürzere Zeit beschäftigen (Zahl der Tagewerke insgesamt: 86 828. Siehe auch Tabelle auf Seite 12). Von den Unternehmern waren 78 v. H. Heidelberger und 22 v. H. auswärtige. Die Baukosten jedoch entfielen zu 73 v. H. auf Heidelberger und zu 27 v. H. auf auswärtige Unternehmer.

Die am Bau beteiligte Unternehmerschaft umfaßt:

1 Tiefbauunternehmer,
12 Maurermeister,
1 Unternehmer für Asphalt- und Isolierarbeiten,
2 Unternehmer für Beton- und Eisenbetonarbeiten,
4 Steinhauermeister,
3 Zimmermeister,
12 Schlossermeister für Eisenbauwerke und Schmiedearbeit,
5 Dachdeckermeister,
1 Blechnermeister,
1 Unternehmer für Blitzschutzanlage,
8 Gipsermeister und Stukkateure,
17 Unternehmer für Estrich- und Fließenarbeiten,
16 Schreinermeister,
12 Schlossermeister,
20 Glasermeister,

12 Malermeister und Tünchermeister,
5 Unternehmer für Klebearbeiten (Tapezierer),
3 Unternehmer für Zentralheizungs- und Entlüftungsanlage,
8 Unternehmer für Be- und Entwässerungsarbeiten,
6 Unternehmer für elektrische Anlagen, Aufzüge und Sterilisationsanlage,
6 Unternehmer für künstlerische Ausstattung (Maler, Bildhauer usw.), und die Stadtgemeinde als Lieferant von Wasser und elektrischem Strom.

Von den 156 Unternehmern waren 62 in 10 Arbeitsgemeinschaften vereinigt.

Am Bau selbst (einschließlich Planung, Nivellierung und Bauaufsicht) arbeiteten 9 staatlich angestellte Architekten, 1 Angestellter (Kanzlei) und etwa 600 Arbeiter.

2. Verwendet wurden — wir führen nur die hauptsächlichsten Baustoffe an — etwa

1 000 000		Backsteine,
35 000		Schwemmsteine,
11 590	cbm	Sand und Kies,
14 409	Sack	Zement,
5 650	Sack	Kalk,
124	cbm	Natursteine,
43 095	m	Latten,
2 400	qm	Sperrholz,
550	cbm	Klotzholz,
248 300	kg	Eisen,
90	qm	Zinkblech,
7 870	qm	Dachpappe,
25 840		Dachziegel,
5 500	kg	Kupfer,
2 650	qm	Fensterglas,
500	kg	Blei,
29 056	RM.	für Sanitätssteingut und
5 500	RM.	für gußeiserne Röhren.

3. Soviel über das, was wir an Ort und Stelle beobachten und zählen konnten. Vor uns erstand der Bau als Gemeinschaftsleistung, der als Gegenleistungen Unternehmer- und Arbeitereinkommen gegenüberstanden, und zwar

ein Brutto-Unternehmereinkommen von . . . . . RM. 813 760,88
ein Brutto-Arbeitereinkommen von . . . . . RM. 486 239,12

Zu den beiden Einkommensempfängern gesellen sich aber sogleich drei weitere, die zwar mit dem Leistungstausch als solchem nicht unmittelbar zusammenhängen, jedoch gesetzlich begründeten Anspruch haben, auch ihrerseits einen Teil der verschiedenen Einkommen zu erhalten, und zwar zu erhalten,

Übersicht über die geleisteten Tagewerke

Arbeiten	Gesamtkosten RM.	Anzahl der Tagewerke	1 Tagew. kostet RM.
Erd- und Grabarbeiten	14 530,—	1 877	7,74
Maurer- und Betonarbeiten	139 806,—	10 075	13,87
Asphalt- und Isolierarbeiten	1 500,—	94	16,—
Beton- und Eisenbetonarbeiten	120 667,—	7 586	15,90
Steinhauerarbeiten	22 680,—	2 295	9,88
Zimmerarbeiten	9 714,—	358	27,13
Eisenbauwerke und Schmiedearbeiten	33 090,--	2 073	15,95
Dachdeckerarbeiten	10 505,—	195	53,30
Blechnerarbeiten	13 015,—	880	14,78
Blitzschutzanlage	750,—	56	13,39
Putz- und Stuckarbeiten	80 303,—	9 522	8,43
Estrich- und Fliesenarbeiten	102 210,—	6 762	15,11
Schreinerarbeiten	38 356,—	1 817	21,10
Schlosserarbeiten	102 429,—	6 495	15,77
Glaserarbeiten	70 713,—	3 501	20,19
Maler- und Anstreicherarbeiten	54 940,—	4 691	11,73
Klebearbeiten	25 000,—	1 230	20,32
Zentralheizung und Entlüftung	95 000,—	3 539	26,84
Be- und Entwässerung, Gasleitungen	87 055,—	1 824	47,72
Elektr. Anlagen, Aufzüge, Sterilisation	194 500,—	13 564	14,33
Künstlerische Ausstattung	20 000,—	2 056	9,72
Sonstiges	63 237,—	6 338	9,97
Insgesamt	1 300 000,—	86 828	

bevor er in den Einkommenskreislauf eingegangen ist: Staat, Gemeinde und Sozialversicherungen einschließlich Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Infolgedessen bekamen bei der ersten Verteilung des Geldes:

der Staat an Lohn- und Umsatzsteuer	RM.	31 938,66
die Gemeinde an Bürgersteuer	„	4 501,92
die Sozialversicherung an Beiträgen	„	45 823,31
zusammen:	RM.	82 263,89

Dieser Betrag kürzte

das Brutto-Unternehmereinkommen um	RM.	41 606,86
das Brutto-Arbeitereinkommen um	„	40 657,03

und es blieben

ein Netto-Unternehmereinkommen von	RM.	772 154,02
ein Netto-Arbeitereinkommen von	„	445 582,09

Aus dem Gesamtbetrag von RM. 1 300 000.— sind nun 5 Einkommen geworden. Da sie erst durch die staatliche Arbeitsbeschaffung entstanden sind, können wir sie „zusätzliche Einkommen" nennen. Dabei müssen wir jedoch für das Arbeitereinkommen den Begriff verengern: Wären die Arbeiter nicht beschäftigt, so bezögen sie Arbeitslosenunterstützung. „*Zusätzliches Arbeitereinkommen*" *umfaßt demnach nur die Differenz zwischen dem Nettoeinkommen und der durch die Beschäftigung in Wegfall kommenden Arbeitslosenunterstützung.* Um diese zu errechnen, müssen wir aus der Bruttolohnsumme von RM. 486 239,12 die Tagewerke gewinnen und diese dann auf Monatsarbeit zurückführen. Da ergibt sich eine Arbeitsmasse von 29 Monaten (bis April 1936, dem Fertigstellungszeitpunkt) für durchschnittlich 120 Arbeiter. Der Bestimmung des Arbeitsbeschaffungsgesetzes vom 1. Juni 1933 (Ausführungsbestimmung vom 28. Juni 1933), daß 80 v. H. der zu beschäftigenden Arbeiter bisherige Erwerbslose sein sollen, ist entsprochen worden. Darum dürfen wir mit 96 Arbeitern rechnen, die 29 Monate hindurch je RM. 50,— Erwerbslosenunterstützung, im ganzen also RM. 139 200,— bezogen hätten.

Vermindern wir das Netto-Arbeitseinkommen von RM. 445 582,09 um den Betrag von RM. 139 200,—, dann verbleibt ein „zusätzliches Arbeitseinkommen", *eine vermehrte Kaufkraft der Arbeiterschaft* von RM. 306 382,09.

Was aber soeben das Arbeitseinkommen bis auf die Höhe zusätzlicher Kaufkraft gemindert hat, das hat anderseits als Ersparnis von Ausgaben den *Vermögensstand der Arbeitslosenversicherung vermehrt* und kann dem Posten „Einkommen der Sozialversicherungen" zugerechnet werden. Damit erst haben wir das für den Bau verwendete Geld restlos verteilt und verzeichnen als neue oder zusätzliche Einkommen:

Unternehmereinkommen	RM.	772 154,02
Arbeitereinkommen	„	306 382,09
Staatseinkommen	„	31 938,66
Gemeindeeinkommen	„	4 501,92
Einkommen der Sozialversicherungen	„	185 023,31

Um weitere Nahwirkungen festzustellen, haben wir zunächst das Unternehmereinkommen zu betrachten. Nachdem bereits das Arbeitereinkommen als selbständig zu behandelnder Teil aus dem Gesamtunternehmereinkommen, dem Umsatz, ausgeschieden ist, bleiben für das Unternehmereinkommen noch zwei Hauptteile: *Die Selbstkosten* und *der Unternehmergewinn.* Hier war es schwer zuverlässige Zahlen zu bekommen. Vielfach waren die Kalkulationen in Bausch und Bogen gemacht, anderswo stand

man der wissenschaftlichen Behandlung mißtrauisch gegenüber und fürchtete, daß man sich zu sehr „in die Karten gucken" lasse. Trotzdem war es uns möglich, bei sachkundiger Beratung und an Hand von Normal- und Vergleichszahlen Lückenhaftes zu vervollständigen, Falsches zu berichtigen und so die Gesamtkostenaufstellung in die möglichste Wahrscheinlichkeitsnähe zu rücken. Damit konnte auch die Frage nach dem Gewinn der Unternehmer gelöst werden. Diese bestritten nämlich zum Teil, am Bau überhaupt etwas verdient zu haben. In wenigen einzelnen Fällen mag dies zutreffen, z. B. dort, wo von den Unternehmern Leute als Arbeiter eingestellt werden mußten, die schon jahrelang nicht mehr in ihrem Fache gearbeitet hatten, oder dort, wo der Unternehmer das Rohmaterial infolge der inzwischen eingetretenen Preiserhöhung teurer kaufen mußte, als er es einkalkuliert hatte. Im allgemeinen aber waren die Preise, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, „angemessen", d. h. so gestellt, daß für die Unternehmer ein wenn auch nur bescheidener Gewinn herauskam. Wenn nach der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Auffassung der Zweck der privatwirtschaftlichen Betätigung der Unternehmung in der Erhaltung der Wirtschaftskraft besteht, die zugleich ein Wachsen, ein Leistungsfähigerwerden in sich schließt, so ist gerade auch beim Bauhandwerk und im Baunebengewerbe ein Leistungsgewinn wohlberechtigt. In den Angaben der einzelnen Unternehmer schwankt der Gewinn zwischen 4 und 10 v. H. der Bruttoeinnahmen. Im ganzen gesehen ergab sich nach unsern Feststellungen ein Gesamtgewinn für die Unternehmer von RM. 109 422,10 oder 8,4 v. H. des Gesamtumsatzes. Wir rechnen ihn, da er unmittelbar am Bau verdient wurde, noch zu den Nahwirkungen, und zwar zu denen, die als Geldvermögungsbildung in die Erscheinung treten und fügen hier gleich noch eine weitere Nahwirkung an, die sich aus dem zusätzlichen Arbeitereinkommen ergibt, die mittelbare Vermögungsbildung durch Schuldentilgung bei den Arbeitern.

Doch wollen wir uns mit dieser bloß theoretischen Feststellung nicht zufrieden geben, sondern wieder in das Leben hinabsteigen, zu den Arbeitern, denen nach langer Arbeitslosigkeit wieder ein selbsterarbeitetes Einkommen zuteil wurde. Was hörten wir dort am Klinikbau? „Wir sind herzlich froh, mal wieder Arbeit zu haben." — „Gott sei Dank, daß ich ‚die Wohlfahrt' nimmer in Anspruch nehmen muß!" — „Sprünge kann ich noch keine machen; denn ich habe noch Mietschulden abzutragen." — „Und mich drücken meine Wohlfahrtsunterstützungen!" — „Ich habe mir eine neue ‚Kluft' (Anzug) und anständige Schuhe gekauft, ich war ja ganz heruntergekommen." — „Dazu hat's bei mir noch nicht gelangt, die Mutter (Ehefrau) hat zuerst Leintücher (Bettwäsche) kaufen müssen, in diesem Punkt waren wir ganz abgebrannt." — „Genau wie bei uns, aber wir haben auch schon ein bissel besser gegessen." —

So und ähnlich lauteten die Auskünfte, die uns gestatten auf der Höhe der Abstraktion zu sagen:

Das durch den Klinikbau entstandene zusätzliche Arbeitereinkommen in Höhe von RM. 306 382,09 konnte nicht sofort als erhöhte Kaufkraft wirken. Die Begleichung von Schulden (Mietrückstände, Darlehen, Wohlfahrtsunterstützungen) verzehrte eine Zeit lang einen Teil des Einkommens von vornherein weg. Wir können dafür 1 v. H. des Netto-Arbeitereinkommens ansetzen und bewegen uns damit auf etwas geringerer Schätzungshöhe als die Schätzung der Sonderbeilage Nr. 21 des Jahrgangs 1933 von Wirtschaft und Statistik, die 1 v. H. des neuen Brutto-Lohneinkommens in Rechnung stellt. Für diese volkswirtschaftliche Ersparnis ergibt sich somit ein Betrag von RM. 4 455,—, der das für neue Verbrauchsausgaben verfügbare Lohneinkommen auf RM. 301 927,09 herabsetzt. —

4. Zusammenfassend sei bezüglich der Nahwirkungen folgendes gesagt:

Die Arbeitsbeschaffung durch Erstellung des Behandlungsbaus der chirurgischen Klinik gab

120 Arbeitern für eine Zeit von 29 Monaten Beschäftigung, davon waren bisher arbeitslos gewesen

96 Arbeiter, die nun mit ihren Familien aus wirtschaftlicher Bedrängnis herauskamen.

Ferner bewirkte die Arbeitsbeschaffung zusätzliche Unternehmer-, Arbeiter-, Staats- und Gemeindeeinkommen, zusätzliche Einkommen und Einsparungen der sozialen Versicherungen und öffentlichen Verwaltungen, sowie zusätzliche Unternehmergewinne und Arbeiterspargelder.

Von RM. 1 300 000,— Arbeitsbeschaffungsmitteln flossen unmittelbar in die öffentlichen Haushalte

an den Staat	RM.	31 938,66	
an die Gemeinden	„	4 501,92	
an die sozialen Versicherungen . .	„	185 023,31	
zusammen	RM.	221 143,89	= 17 v. H.,

dienen der privaten Geldvermögensbildung

Unternehmergewinn	RM.	109 422,10	
Arbeiterspargelder	„	4 455,—	
zusammen	RM.	113 877,10	= 9 v. H.,

kommen als zusätzliche Geldmittel in die Wirtschaft

durch die Unternehmereinkommen . .	RM.	662 731,92	
durch die Arbeitereinkommen . . .	„	301 827,09	
zusammen	RM.	964 559,01	= 74 v. H.

(Siehe dazu auch Beilage 2: Das Auseinanderfließen der für den Klinikbau verwendeten Mittel.)

IV. Die Fernwirkungen

1. Nun zu den Fernwirkungen, von denen durch die Anführungen aus dem Gespräch mit den Arbeitern schon eine wichtige (Hebung des Verbrauchs) berührt wurde. Wir müssen hier auf das Unternehmereinkommen zurückgreifen und an den Teil anknüpfen, der verbleibt, wenn die Löhne, die Steuern, die Sozialabgaben und der Gewinn vom Gesamteinkommen abgezogen sind, an die noch übrig bleibenden Selbstkosten, einen Betrag von RM. 662 731,92

Nach unsern Erhebungen entfallen davon auf

Kosten für Material	RM. 528 175,79
Kosten für Werkzeuge und Maschinen . . . . . (Erneuerung und Amortisation)	„ 23 756,—
Kosten für Sonstiges	„ 110 800,13

Verfolgen wir das Material und die Bauausrüstung rückwärts, also von ihrer Verwendung am Klinikbau bis zu ihrer Gewinnung und Erzeugung, so erweitert sich der Kreis der am Klinikbau Beteiligten ganz bedeutend. Er nimmt auf

A. das Transportgewerbe;

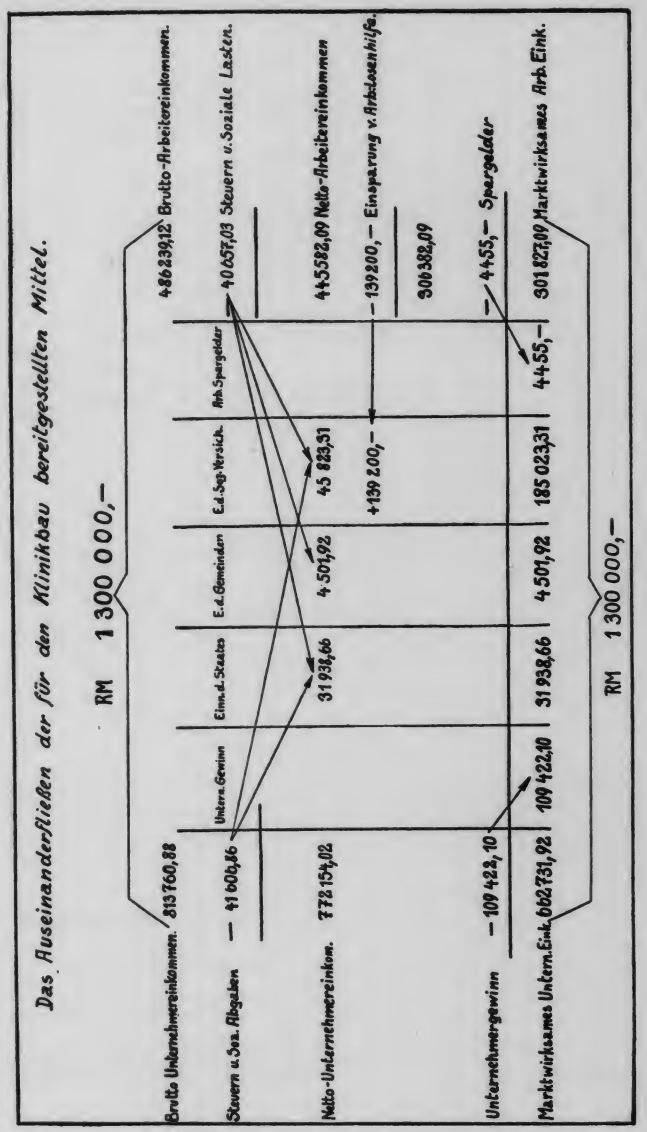
B. den Handel mit Baumaterialien, mit Kies, Sand, Eisen, Zement, Kalk, Holz, Tapeten u. a. und die Einkaufsgenossenschaften;

C. die Baustofferzeugung, insbesondere
1. die Industrie der Steine und Erden, und zwar als
   a) Gewinnung von natürlichem Gestein, Sandstein, Marmor, Kalk, Hartgestein und Schiefer,
   b) Gewinnung von Kies, Sand und Lehm,
   c) Kalk-, Gips- und Zementindustrie,
   d) Betonwarenindustrie,
   e) Ziegelindustrie,
   f) keramische Industrie und
   g) Flachglasindustrie;

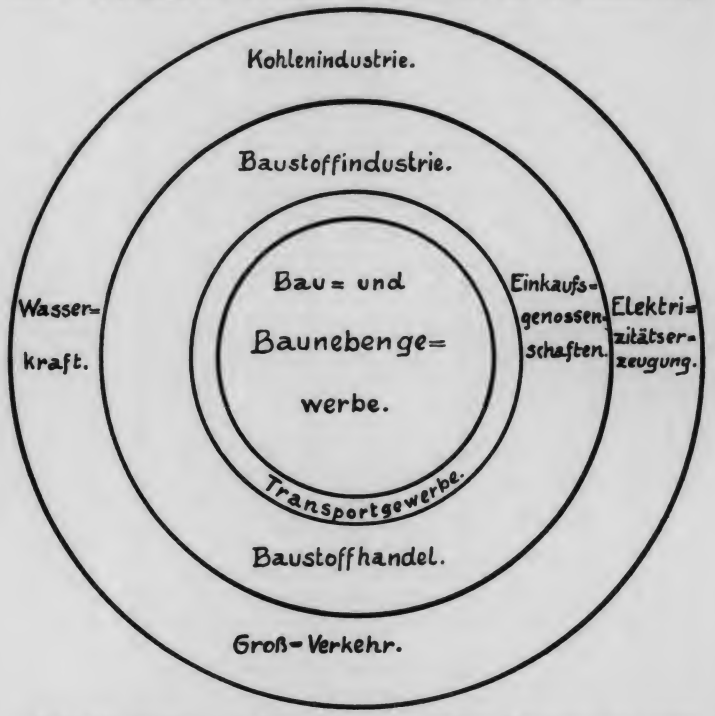
D. die Industrie der Baumaschinen (Hebezeuge, Betonmischmaschinen) und
2. die Holzwirtschaft
   a) Forstbetriebe,
   b) Sägewerke;

E. die Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren (Eisenträger, Schlösser, Beschläge, Zink-, Kupfer- und Messingwaren).

Beilage 2



Mittelbar sind dann weiterhin beteiligt die Stein- und Braunkohlenindustrie, die Erzeugung von Elektrizität und Wasserkraft und der Binnenverkehr.



Fast nicht berührt — und das ist zur Zeit unserer Devisennot ein großer Vorzug — ist der Einfuhrhandel. Die für den Hochbau benötigten Baustoffe, Geräte und Maschinen werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Inlande hergestellt. —

2. Das oben festgestellte, marktwirksame Unternehmereinkommen von RM. 662 731,02 geht in den Produktionsgüterkreislauf ein und verwandelt sich in der mit dem Bau- und Baunebengewerbe zusammenhängenden Wirtschaft in Unternehmer- und Arbeitereinkommen.

Es wiederholt sich also der Vorgang, den wir bei der Erstellung des Baues und damit dem erstmaligen Leistungstausch verfolgten. Diesmal entzieht er sich aber der genauen Beobachtung; es ist unmöglich die Zahl der nun beteiligten Unternehmer und die auf sie im einzelnen entfallenden Geldbeträge

festzustellen und diese wieder einzeln aufzuspalten. Glücklicherweise liegen aber erfahrungsmäßige Sätze vor, wie die Lohnquoten und Durchschnittseinkommen, oder gesetzliche (die Sozialbeiträge und Steuern) oder tarifliche (Einzellöhne der Arbeiterschaft). Mit ihrer Hilfe und den Auskünften, die wir für die wichtigsten Baustoffe eingeholt haben, können wir zu annähernden Ergebnissen kommen.

Als erstes haben wir zu beachten, daß wir uns jetzt in ein Produktionsgebiet größerer Material- und Kapitalintensität begeben.

Während beim Klinikbau auf das Brutto-Unternehmereinkommen 62,6 v. H. und auf das Brutto-Arbeitereinkommen 37,4 v. H. des Umsatzes entfielen, ist jetzt das Unternehmereinkommen mit 70 v. H., das Arbeitereinkommen mit 30 v. H. und demgemäß mit

70 v. H. aus RM. 662 731,92 = RM. 463 911,70
30 v. H. aus RM. 662 731,92 = „ 198 819,30

anzusetzen.

Aus den Angaben der am Bau beteiligten Unternehmer, wonach sie für die Beschaffung von Material und für Erneuerung und Amortisation der Werkzeuge und Maschinen den Betrag von RM. 551 931,79 ausgegeben haben, ersehen wir, daß der Klinikbau einen großen Mehrverbrauch von Produktionsgütern mit sich bringt. Damit mußte notwendiger Weise zusätzliche Nachfrage auf dem Markte dieser Güter verbunden sein. Das wirkte sich sehr schnell auf die Erzeugung aus und führte zu gesteigerter Produktion. Denn die lange Dauer der Krise hatte gerade auch bei den Baustoffen die Lager ausgiebig geräumt und darum konnten diese nicht wie sonst als Puffer zwischen Verbrauch und Erzeugung wirken und die gesteigerte Nachfrage übertrug sich sofort auf die Baustoffproduktion. Überdies sind drei wichtige Baustoffe (Branntkalk, Zement und Gips) nur beschränkt lagerfähig, so daß die Fabriken und erst recht der Baustoffhandel bei diesen Baustoffen nur über Lager von geringem Umfange verfügen. Infolgedessen führte das durch den Klinikbau entstandene Unternehmereinkommen schnell zu neuen Lohneinkommen.

Bei dem in der Produktionsgüterindustrie geltenden durchschnittlichen Stundenlohnsatz von 72,8 Rpf. für Fach- und Hilfsarbeiter[1], entspricht das Brutto-Arbeitereinkommen von RM. 198 819,30 einer Arbeitsmasse von rund 34 125 Tagewerken oder der Möglichkeit, während der Bauzeit, also 29 Monate lang, weitere 47 Arbeiter in der vorgelagerten Industrie neu zu beschäftigen. Zu dieser Einstellung von 47 Arbeitern kam es jedoch tatsächlich nicht, da die Industrie zunächst zu einer bessern Ausnützung ihrer Betriebe, zur Einschränkung der Kurzarbeit — die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit ist in der Industrie in den Wintermonaten 1933/34 von 7,15 auf 7,28 Stunden gestiegen[2] — und Ingangsetzung stillgelegter

[1] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 119.
[2] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 172.

Maschinen schritt. Mehrproduktion bei erhöhter Kapazitätsausnützung erhöhte aber auch den Unternehmergewinn. Er begegnete uns zum erstenmal in der Höhe von RM. 109 422,10 oder 8,4 v. H. der ersten Gesamtleistungsvergütung, also als eine Nahwirkung. Er erscheint natürlicherweise aber auch als Teilergebnis bei der Verausgabung des für die Kostendeckung verwendeten Geldes, also auch als Fernwirkung. Wir können auf Grund von Angaben der hauptsächlich in Frage kommenden Unternehmungen und Grund allgemein statistischer Erhebungen hier einen Unternehmergewinn von RM. 144 690,— oder 15 v. H. des in den ersten Produktionskreislauf geflossenen Gesamtbetrags von RM. 964 658,— errechnen.

Wie wurde dieser Unternehmergewinn verwendet?

1. In den meisten Fällen zur Rückzahlung von hochverzinslichen Schulden und rückständigen Zinsen.
2. Ferner wurden mit dem Gewinn zurückgestellte Anschaffungen gemacht, die Lagervorräte ergänzt und der Werkzeug- und Maschinenbestand aufgefrischt.
3. In andern Fällen diente er zur Erhöhung der flüssigen Betriebsmittel und damit zur Verbesserung der Liquidität.
4. In einzelnen Fällen konnten auch Kassendepositen in Spardepositen verwandelt oder, wie der Unternehmer sich ausdrückt, Geld „auf die hohe Kante gelegt" werden.

Kurz ausgedrückt: Der Unternehmergewinn ermöglichte die Bildung von Kapital, von Geldkapital und Sachkapital. Die Bildung von Sachkapital half noch mit, den Einkommensstrom zu verbreitern. Die Bildung von Geldkapital entzog ihm zwar Beträge, aber nur vorübergehend. Denn nun hoben sich zugleich das Vertrauen und der Wagemut der Unternehmerschaft. Man schritt in Produktionsausweitungen zu Neuinvestitionen, und konnte zu diesem Zwecke auf das neue Eigen- oder auf das Fremdkapital zurückgreifen. Das Letztere war jetzt eher möglich geworden, nachdem die Besserung der Geschäftslage (durch Beschäftigtsein, Schuldentilgung, Lagervergrößerung und Betriebsmittelerhöhung) die Kreditfähigkeit des Bau- und Baunebengewerbes gehoben hatte.

3. Zusätzliches Arbeitereinkommen, das wir bei der ersten Aufteilung der Arbeitsbeschaffungsmittel ziemlich genau feststellen konnten, entsteht auch im weitern Einkommenskreislauf. Seine Fernwirkungen sind natürlich nicht auf die Besonderheit der Arbeitsbeschaffung durch Klinikbau zurückzuführen. Es sind Wirkungen jeder durch Arbeitsbeschaffung erfolgten Arbeiter-Einkommensmehrung, in erster Linie ein Mehrverbrauch von Konsumgütern; er erstreckt sich, wie wir aus dem Munde der Arbeiter

Beilage 3

Die Arbeitslosen als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge und die arbeitslosen anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg im Jahre 1933 u. 1934.

	Arbeitslose am																							
	31. Dez.	31. Jan.	28. Febr.	31. März	30. Apr.	31. Mai	30. Juni	31. Juli	31. Aug.	30. Sept.	31. Okt.	30. Nov.	31. Dez.	31. Jan.	28. Febr.	31. März	30. Apr.	31. Mai	30. Juni	31. Juli	31. Aug.	30. Sept.	31. Okt.	30. Nov.	31. Dez.
	1932	1933												1934										
Arb.lose	19250	20934	21714	20740	20812	20549	19062	18256	17378	16235	14699	14816	14185	16039	15523	11674	11530	11307	10758	10094	10473	10825	10460	10659	10053
Alu.	2746	3516	3729	3273	2830	2980	2711	2250	1592	1340	1392	1441	2121	2473	1840	1175	1221	1234	1415	1525	1548	1745	1804	2088	2280
Kru.	3821	4416	4999	5002	4976	4941	4957	4589	4726	4807	4712	4540	4821	4821	5044	4651	3723	3151	3695	3977	3993	4051	4173	4081	4047
W.E.	6636	6822	6884	6770	6510	6329	6043	5704	5274	5130	4990	4839	4841	3662	3733	3142	2628	2328	1938	1700	1826	1911	1831	1676	1530

Für 1933 den Akten des Arbeitsamts Heidelberg, für 1934 der Beilage zu Arbeit u. Arbeitslosigkeit Nr. 8 von 1935 entnommen.

selbst vernahmen, hauptsächlich auf Kleider, Schuhe, Bettwäsche und schließlich auch auf Lebensmittel. Das deckt sich im großen und ganzen mit den Ergebnissen der Statistik der Einzelhandelsumsätze. Die Textilwarenfachgeschäfte hatten 1934 gegen 1933 eine Zunahme von 11,5 v. H. zu verzeichnen, während der Lebensmittelhandel nur eine solche von 4,1 v. H. aufzuweisen hatte[1], ein neuer Beweis auch für die geringe Elastizität des Lebensmittelverbrauchs. Der Mehrverbrauch, der zunächst in der Mehrung der Einzelhandelsumsätze in die Erscheinung trat, wirkte sich weiterhin in der Belebung der Verbrauchsgütererzeugung aus, die nun selbst wieder nach und unter erhöhter Ausnützung ihrer Betriebskapazität mehr menschliche Arbeitskräfte beschäftigen und schließlich auch zu Neuinvestitionen übergehen konnte.

Mit dem Mehrverbrauch hängen auch Fragen der Preisgestaltung zusammen, deren eingehende Erörterung jedoch über den Rahmen unserer Arbeit hinausgeht. Wir werden jedoch darauf noch zu sprechen kommen, wenn der Kreis unserer Betrachtung sich erweitert hat.

4. Gemeinsame Nah- und Fernwirkungen von Unternehmer- und Arbeitereinkommen liegen in dem erhöhten Aufkommen an Steuern und an Sozialbeiträgen vor.

Staat und Gemeinden bezogen schon aus dem für den Klinikbau bereitgestellten Mitteln ein zusätzliches Einkommen von RM. 36 440,58. Sie erhalten aber — und damit liegt wieder eine Fernwirkung vor — auch aus der ersten Wiederverausgabung des Unternehmer- und Arbeitereinkommens neue Steuereinkommen, die sich im ersten Produktionskreislauf gegenüber dem, was die Arbeitsbeschaffung unmittelbar und tatsächlich erbrachte, noch erhöhen, (RM. 42 436,—); denn nun tritt als Fernwirkung noch die Mehrung durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern dazu, von der zahlenmäßig nicht erfaßbaren Mehrung durch veranlagte Steuern (Einkommen-, Gewerbe- und Vermögenssteuer) ganz abgesehen. Solche Mehreinnahmen sind hochwillkommen; Staat und Gemeinde haben reichliche Verwendung dafür, wenn sie nicht vorziehen die Lasten ihrer Bürger zu mindern, sei es durch allgemeine Senkung oder sozial gerechtere Gestaltung der Steuern oder durch Steuervergünstigungen. Verminderung der Lasten aber bedeutet Kaufkraftsteigerung und erneute Arbeitsbeschaffung.

Auch an der Minderung der gemeindlichen Fürsorgelasten — sie betrugen für die Stadt Heidelberg

im Rechnungsjahr 1933/34	RM. 5 620 282,—
im Rechnungsjahr 1934/35	„ 4 723 394,—

— ist auch die Arbeitsbeschaffung durch den Klinikbau ursächlich beteiligt; in welchem Umfange ließ sich allerdings wegen der Peinlichkeit des Nachfragens nicht feststellen. Wir beschränken uns darauf, die Gesamtminderung der Wohlfahrtserwerbslosen im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg in Zahlen darzustellen. (Siehe Beilage 3. Die Arbeitslosen als Hauptunterstützungsempfänger usw.)

[1] Der Aufbau. (Organ der NS-Hago. 1933. Heft 5, S. 15.)

Was die sozialen Versicherungen mehr an Beiträgen einnahmen, diente der notwendigen Verbesserung ihrer in der Krise sehr geschwächten geldlichen Lage. Die stattlichen Summen, die der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aus der Einsparung der Arbeitslosenhilfe zuflossen, RM. 139 200,— aus der Arbeitsbeschaffung unmittelbar und RM. 82 650,— aus dem ersten allgemeinen Einkommenskreislauf, kamen der Geldvermögensbildung zugute und konnte wiederum der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden.

5. Die bisherigen Ausführungen bezogen sich zahlenmäßig nur auf das erstmalige Empfangen und erstmalige Ausgeben des für den Klinikbau bereitgestellten Geldes, also auf die Arbeitsbeschaffung selbst und auf das Durchlaufen des Geldes durch den ersten Einkommenskreislauf. Damit sind wohl die geldlichen Nahwirkungen, nicht aber auch alle Fernwirkungen erschöpfend zur Darstellung gekommen. Denn das Geld durchläuft viele Einkommensläufe; es wird mehrmals eingenommen und mehrmals ausgegeben und kommt dadurch auch in Teile der Wirtschaft, die von der Bauwirtschaft weit entfernt sind. Fast immer treten dabei auch die im ersten Kreislauf beobachteten geldlichen Wirkungen ein und vereinigen sich, im ganzen gesehen, zu einer eindrucksvollen Gesamtwirkung. (Siehe Beilage 4. Übersicht über die geldlichen Wirkungen des Klinikbaugeldes nach 18 Einkommenskreisläufen.)

Von RM. 1 298 634,— erhielten nach unsern Berechnungen

der Staat und die Gemeinden . . .	RM. 172 827,—	= 13,3 v. H.
die sozialen Versicherungen	„ 539 149,—	= 41,5 „ „
In öffentliche Kassen flossen	RM. 711 976,—	= 54,8 v. H.
die Unternehmer erhielten	„ 574 232,—	= 44,2 „ „
die Arbeiter machten Ersparnisse . .	„ 12 426,—	= 1,0 „ „

276 bisher arbeitslose Personen konnten für 29 Monate Beschäftigung finden.

6. Zusammenfassung über die Fernwirkungen. In den Fernwirkungen der Arbeitsbeschaffung durch den Klinikbau wiederholen und vervielfältigen sich die Nahwirkungen, in denen wir die Mehrbeschäftigung von Arbeitern, die Entstehung zusätzlicher Unternehmer-, Arbeiter-, Staats-, Gemeinde- und Sozialversicherungseinkommen und die Bildung von Geldvermögen sahen. Dazu kommen der Mehrverbrauch an Kapital- und Konsumgütern, die Entstehung zusätzlicher Nachfrage auf dem Waren- und Arbeitsmarkt, die

Räumung und Wiederauffüllung der Lager, die Belebung des Handels, die Mehrerzeugung von Kapital- und Konsumgütern, die bessere Ausnützung der Betriebe, die Aufhebung der Kurzarbeit, die Erhöhung des Unternehmergewinns, die Rückzahlung von Schulden, die Verbesserung der Liquidität, Hebung der Kreditfähigkeit, Anregung zu Neuinvestitionen, erhöhtes Aufkommen an Verbrauchs-, Gewerbe- und Körperschaftssteuern, Minderung der Lasten und Kaufkraftsteigerung.

V. Die Wirkungen der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten

Der Versuch, die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Baues der Heidelberger chirurgischen Klinik aufzuzeigen, hat uns eine Fülle von Erkenntnissen gebracht, die an Bedeutung gewinnen, wenn wir sie in den größeren Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den gesamten deutschen Hochbau stellen. Das soll geschehen. Zuvor ist es notwendig, den Begriff Hochbau zu umreißen.

1. Nach der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933[1] entfallen auf die Produktionsgüterindustrie

556 021 Betriebe = 29,3 v. H.
4 002 962 beschäftigte Personen = 45,0 „ „
17 452 875 Kraftmaschinenleistung PS = 74,4 „ „

Davon umfaßt das Baugewerbe (Hoch-, Tief- und Betonbau, Bauneben-gewerbe und Klempnerei)

302 178 Betriebe = 54,3 v. H. der Produktionsgüterindustrie
1 147 304 beschäftigte Personen = 28,6 „ „ „ „
796 701 PS = 4,5 „ „ „ „

und steht hinsichtlich der Betriebs- und Personenzahl an erster Stelle unter den Produktionsgüterindustrien. Die vorherrschende Betriebsform ist der Klein- und Mittelbetrieb. Seine Ausrüstung mit motorischer Kraft ist verhältnismäßig gering.

Scheiden wir aus diesen Zahlen diejenigen aus, die den Straßen-, Beton- und Tiefbau, die Steinsetzerei und Brunnenbauerei betreffen, so bleiben für den Hochbau mit dem zugehörigen Baunebengewerbe allein

290 743 Betriebe = 52,3 v. H. der Produktionsgüterindustrie
926 274 beschäftigte Personen = 23,1 „ „ „ „
397 696 PS = 2,3 „ „ „ „

Daraus ergibt sich, daß es gerade der Hochbau ist, der dem Baugewerbe

[1] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 474 ff.

Beilage 4

Übersicht über die gesamten Wirkungen.

Kreislauf Nr.	In den Einkommenskreislauf kamen:	Aus dem Einkommenskreislauf schieden aus: Steuern	Einsparung d. Arbeitslosenversich.	Sozialbeiträge	Unternehmergewinn	Ersparnisse d. Arbeiter	Zusammen	Im Einkommens-Kreislauf Klibenden.	Zusätzl. Beschäftigte (Mannjahre)
	1300000	364113	92000	458241	109422	4455	333342	964658	2784
1.	964658	42436	32650	28930	14690	2893	30159	663059	1653
2.	663059	29172	56800	19891	9450	663	20597	457083	1136
3.	457083	20108	35100	13712	6850	1371	13884	318242	702
4.	318242	13996	27200	9547	4730	954	9942	218815	544
5.	218815	9624	18700	6564	3820	656	6836	150451	374
6.	150451	6616	12850	4513	2560	451	4699	103461	257
7.	103461	4548	8800	3103	1510	310	3227	71190	176
8.	71190	3126	6050	2135	1065	213	2218	49001	121
9.	49001	2156	4200	1470	735	147	1532	33678	84
10.	33678	1480	2850	1010	494	101	1038	23297	57
11.	23297	1016	2000	698	348	69	726	16034	40
12.	16034	704	1350	481	240	48	498	11051	27
13.	11051	484	900	331	165	33	339	7653	18
14.	7653	328	600	229	114	22	231	5334	12
15.	5334	234	400	160	79	16	160	3729	8
16.	3729	162	300	111	39	11	97	2755	6
17.	2755	118	200	82	40	8	81	1942	4
18.	1942	78	150	58	28	5	57	1366	3
	4401433	1728274	3003001	1388495	742321	242612	9863431	10279980	8006

339749 311776 586658 1294634

hinsichtlich der Betriebs- und Personenzahl den ersten Platz in der Reihe der Produktionsgüterindustrie verschafft. Mehr wie beim Tiefbau ist beim Hochbau der Klein- und Mittelbetrieb vorherrschend; auf einen Betrieb kommen bei ihm im Durchschnitt nur drei Personen. Während im Tiefbau 399 005 PS 221 030 beschäftigte Personen gegenüberstehen, sind es im Hochbau 397 696 PS gegen 926 274 Personen.

Wir sind darum berechtigt, den Hochbau mit seinen nur 2,3 v. H. der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen bestimmten Kraftmaschinenleistung als die arbeitsintensivste Produktion zu bezeichnen.

Als zugehörige Gewerbegruppen und -arten betrachten wir in Anlehnung an die amtliche Aufzählung und unter Zufügung der an anderer Stelle aufgeführten Bautischlerei mit Holzhausbau und Innenausbau sowie der Klempnerei folgende:[1]

1. Bauunternehmungen
   a) Architektur- usw. Büros,
   b) Bauunternehmung mit Baustoffindustrie,
   c) Zimmerei mit Sägewerke,
   d) Hochbau,
   e) Zimmerei.
2. Baunebengewerbe
   a) Glaserei,
   b) Malerei,
   c) Stukkateur- und Gipsergewerbe,
   d) Tapezier- und Polstergewerbe,
   e) Dachdeckerei,
   f) Platten- und Fliesenlegerei,
   g) Ofensetzerei,
   h) Feuer- und Schornsteinbau,
   i) Isoliergewerbe,
   k) Gerüstbau und Bauaufzugbetriebe,
   l) Abbruchgewerbe,
   m) Bautischlerei,
   n) Herstellung von hölzernen Häusern,
   o) Innenausbau,
   p) Klempnerei.

Noch eine Vorbemerkung: Wir sind uns der Schwierigkeit unseres Beginnens wohl bewußt. Es ist uns bekannt, daß bei einem Klinikbau vielfach andere Verhältnisse gegeben sind als beim Wohnungs- und beim gewerblichen Bau. Wir wissen ferner, daß das Baugewerbe örtlich bedingt ist, und es ist uns endlich auch nicht unbekannt, daß im Bauwesen vieles statistisch nicht erfaßt wird, ja daß es sich — wie z. B. die Betriebskapazität — der statistischen Erfassung größtenteils verschließt. Dies alles soll uns zur Vor-

[1] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jahrgang 33, S. 110.

sicht bei Schlüssen mahnen, jedoch nicht von dem Versuch abhalten, zu zeigen, wie weitreichend und tiefgreifend die Förderung des deutschen Hochbaus das Wirtschaftsleben beeinflußt hat.

2. Daß die Bauwirtschaft nicht nur, wie wir auch am Heidelberger Klinikbau sahen, eine Schlüsselwirtschaft also ein aufschließender und bewegender Faktor des Wirtschaftslebens, sondern auch in hohem Maße selbst konjunkturabhängig ist, zeigte die Wirtschaftskrise. Stärker als die Schrumpfung der industriellen Gesamterzeugung war die Schrumpfung der Bauproduktion. Besonders schlimm stand es noch Anfang 1933 um den Hochbau und zwar sowohl im Wohnungs- als auch im gewerblichen Bau. Während im Jahre 1931 in 96 Groß- und Mittelstädten

noch . . . . . 119 924 Wohnungen

fertiggebaut wurden, waren es

im Jahre 1932 nur noch . . . . . 53 684 Wohnungen.

Darunter befanden sich 12 930 Umbauwohnungen, ein Zeichen für den Tiefstand der Kaufkraft auch einst besser bemittelter Volksschichten, die aus ihren bisherigen Großwohnungen in kleinere zogen. Obwohl, entsprechend der Verordnung vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung, fünf Millionen Reichsmark in den Reichsetat eingesetzt waren zur Gewährung von Darlehen, die für größere Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden und zu Wohnungsteilungen verwendet werden, wurden davon nur etwa zwei Millionen Reichsmark in Anspruch genommen.

Gewerbliche Bauten wurden verschwindend wenige errichtet. Für Erweiterungsbauten bestand bei den sinkenden Erträgen der Wirtschaft kein Bedarf, und Neubauten erübrigten sich, solange noch leere gewerbliche Räume in ausreichender Zahl zur Verfügung standen. Da auch der öffentliche Hochbau aus Mangel an Mitteln lahmgelegt war, so befand sich die gesamte Bauproduktion auf einem Tiefstand, den folgende Zusammenstellung zeigt[1].

Wert der baugewerblichen Produktion, in Milliarden Mark bzw. Reichsmark

Zeit	Wohnungsbau	Gewerbl. Bau	Öffentl. Bau	Insgesamt
1912	2,20	1,50	2,30	6,—
1924	1,10	1,23	1,11	3,44
1928	3,20	2,99	2,72	8,91
1929	3,50	2,70	2,70	2,10
1932	0,60	0,60	0,90	2,10

[1] Deutsche Bauzeitung. 1934. Heft 1, S. 2.

Dem Tiefstand der Bauproduktion entsprach der Rückgang des Beschäftigungsgrades, den wir aus den Erläuterungen zum Steuererleichterungsgesetz vom 15. Juli 1933 ersehen können.

Die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter betrug (nach der monatlichen Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften):

Jahr	insgesamt	davon Tiefbau	Gewerbl. Wohnungs- und landwirtschaftliche Betriebsgebäude
1928	1 148 800	305 600	843 200
1929	1 077 600	301 600	776 000
1930	836 500	248 700	587 800
1931	572 700	213 000	359 700
1932	344 800	175 200	169 600
Rückgang v. 1928—32	270 000	130 400	673 600
in v. H.	81	43	80

3. Diese aus dem Darniederliegen der Hochbautätigkeit entspringende Notlage war auch den Regierungen vor 1933 wohl bekannt. Trotzdem hatte der Ausschuß der Regierung von Schleicher beschlossen, Hochbauten im ersten Teil ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht zu fördern. Auf eine Eingabe der Fachgruppe Bauindustrie, diesen Beschluß aufzuheben, hatte der Ausschuß der neuen Regierung den alten Beschluß zunächst insoweit bestätigt, als nur in enger Verbindung mit Tiefbauarbeiten stehende Hochbauten bezuschußt werden könnten. Eine Änderung dieses Standpunktes und damit die erste Hilfe für den Hochbau brachte das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933, das den stattlichen Betrag von einer Milliarde Reichsmark zur Durchführung des sogenannten Reinhardtprogramms zur Verfügung stellte. Zum ersten Male — im Gegensatz zum Papen- und zum Sofortprogramm standen jetzt Mittel bereit:

a) für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten für Baulichkeiten der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften,

b) für Instandsetzung von Wohngebäuden und von Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe,

c) für die Teilung von Wohnungen und den Umbau von Wohngebäuden zu Kleinwohnungen und

b) für den Eigenheimbau und Altstadtsanierungen.

Eine weitere Hilfe kam mit dem Gesetz, betreffend die Steuerbefreiung neuerrichteter Wohngebäude, vom 15. Juli 1933, wonach Wohngebäude, die im Kalenderjahr 1933 im Rohbau vollendet und bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig werden, bis zum Ende des Rechnungsjahres 1938 von der Grundsteuer der Länder und Gemeinden, von der Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer und von der Aufbringungsumlage befreit sind.

Eine noch nachhaltigere Förderung des Hochbaus ergab sich durch das zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September 1933, das weitere fünfhundert Millionen Reichsmark zur Gewährung verlorener Zuschüsse und Zinszuschüsse für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten bereitstellte. Die besondere volkswirtschaftliche Bedeutung dieses zweiten Gesetzes lag darin,

a) daß die bewilligten fünfhundert Millionen Reichsmark auch für „Ergänzungen" verwendet werden konnten, d. h. für „Arbeiten", die nicht nur bestimmt sind, der Erhaltung des Gebäudes zu dienen, durch die vielmehr der Wert des Gebäudes auf die Dauer erhöht wird;

b) daß sie nicht nur für Instandsetzungen und Ergänzungen an Wohngebäuden oder an Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe verwendet werden konnten, sondern auch für Gebäude oder Gebäudeteile, die einem gewerblichen Betrieb dienen; daß sie also auch die Erneuerung und Ergänzung des immobilen gewerblichen Anlagekapitals fördern sollten;

c) daß das Gesetz die Arbeitsbeschaffung nicht nur durch den baren Reichszuschuß, sondern auch noch durch Zinsvergütungsscheine in der Höhe von 4 v. H. des Selbstaufbringungsbetrages förderte.[1]
(Siehe Beilage 5. Verteilung der bewilligten Mittel nach Sachgebieten.)

Nachdem nun auch für den Ausbau kommunaler Versorgungsbetriebe fast das Doppelte der bisherigen Arbeitsbeschaffungsbeträge bewilligt waren, nachdem ferner auch die Reichsbahn und die Reichspost im Jahre 1933 ihre für Arbeitsbeschaffungszwecke 1932 ausgeworfenen Beträge verdoppelt hatten,

die Reichsbahn von 280 Mill. RM. auf 560 Mill. RM.
die Post von 34 Mill. RM. auf 76,6 Mill. RM.

darunter für Hochbauten allein

bei der Reichsbahn (30 + 20 + 28 + 20 + 98) 196 Mill.
bei der Post 15 Mill.

konnte im Jahre 1933 eine spürbare Belebung der Hochbautätigkeit erfolgen.

4. a) Diese trat auch wirklich ein. Sofort stieg die Baulust. Das zeigt die Zunahme der Bauerlaubnisse für Wohnungen; sie lagen im zweiten Halbjahr 1933 in 96 Groß- und Mittelstädten um rund 8 000 oder um 37 v. H. über denen des zweiten Halbjahres 1932. Wurden im Jahre 1932 im Wohnungsbau 0,7 Milliarden Reichsmark investiert, so stieg diese Zahl im Jahre 1933 auf 0,8 und 1934 auf 1,2 Milliarden Reichsmark.[2]

[1] Fritz Reinhardt: Generalplan gegen die Arbeitslosigkeit.
[2] „Reichsplanung." Maiheft 1935. S. 187.

Vollendet wurden:

im Jahre 1933	202 113 Wohnungen
im Jahre 1934	319 439 Wohnungen.

Auch für das Jahr 1935 kann „mit einer fortschreitenden Erhöhung des Gesamtergebnisses der Bauvollendungen gerechnet werden." [1]

Von diesen im Jahre 1934 fertiggestellten Wohnungen entfielen schätzungsweise etwa zwei Fünftel auf Umbauwohnungen, die größtenteils mit Hilfe der Reichszuschüsse gebaut wurden. Auch den Neubau von Wohnungen und Eigenheimen hat das Reich weitgehend gefördert. Ein großer Teil der fertiggestellten Neubauten waren vorstädtische Kleinsiedlungen, Reichseigenheimbauten, Eigenheimbauten, Eigenheime von Bausparern und Bauten, deren Errichtung durch die Übernahme von Reichsbürgschaften ermöglicht wurde. Dabei verschob sich der Anteil der Bauherren, wie die nachfolgende Übersicht zeigt, zu Gunsten der privaten Bautätigkeit, ein Beweis dafür, daß die Unternehmungslust gestiegen ist. Es waren, in Hundertzahlen ausgedrückt, Bauherren

	1932	1933	1934
öffentliche Körperschaften	11,6	10,5	10,7
gemeinnützige Baugesellschaften	44,2	33,8	24,8
private Bauherren	44,1	55,2	65,5

Eine andere Verlagerung liegt darin, daß sich der Schwerpunkt der Neubautätigkeit, der bis zum Jahre 1931 bei den Großstädten gelegen war, nun ganz auf die kleinen Gemeinden verlegt hat. Der Anteil des Rohzugangs an Neubauwohnungen beträgt für die Groß- und Mittelstädte im Jahre 1934 nur noch knapp 30 v. H., gegenüber rund 50 v. H. in früheren Jahren.[2]

Im gleichen Zeitraum hat sich auch der Anteil der Kleinhäuser an je 100 errichteten Wohnungen von 40 auf 80 erhoben.

Da die Förderung der Eheschließungen und die Zunahme der Einkommen die Wohnungsnachfrage steigerte, so konnten nicht nur die neugebauten Wohnungen alle vermietet werden, sondern es blieb noch ein unbefriedigter Bedarf, der mit Einrechnung des durch Altstadtsanierungen notwendig werdenden Wohnraumes für das Jahr 1935 vom Dezernenten für Wohnungswesen im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Prof. Dr. Schmidt, auf „mindestens eine Million neuer Wohnungen" geschätzt wird.[3]

Als vordringlicher Bedarf ist nach einer Erhebung der Städte der Bau von 400 000 Wohnungen, in erster Linie von Zweizimmerwohnungen mit Wohnküche, anzusehen. Volle Klarheit über den künftigen Wohnungsbedarf wird aber erst die Reichsplanung schaffen, die als Teilarbeit zur Aufstellung eines Wirtschaftsplanes eine großzügige Wohnungsbedarfs-

[1] Bauen, Siedeln, Wohnen. Jahrgang 1935, Heft 18, S. 383.
[2] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jahrgang 9, Heft, 4. Teil B, S. 320.
[3] Rundschau im Haus- und Grundstückswesen, Nr. 7. Heidelberg, Juli 1935.

Beilage 5

Verteilung der bewilligten Mittel.
(in Millionen RM.)

Sachgebiete	Papenpro-gramm.	Sofortpro-gramm.	Reinhardt-programm	Haushalts-mittel.	Insgesamt.
Instandsetzungs- u. Ergänzungsarbeiten an öffentl. Gebäuden, Brücken u. sonstigen Hochbauten.....			169,2		169,2
Wohnungsinstandsetzungen usw....			67,0	952,0	1 019,0
Vorstädt. Kleinsiedlung.....	19,9	19,2	69,1	80,8	189,0
Eigenheimbau.....			19,1	26,5[2]	45,6
Not-, Behelfs- u. Flüchtlingswohn...			12,0		12,0
Altstadtsanierungen.....			5,0	9,4	14,4
Insgesamt	19,9	19,2	341,4	1068,7	1449,2

[1] aus „Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft u. die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1934. Seite 68.
[2] einschließl. RM. 6,4 Mill. aus Mitteln der Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arb.-Losenversicherung

ermittlung für das ganze Reich nach einheitlichen Richtlinien und mit dem Sonderziel raumpolitischer Bedarfslenkung vornimmt. Ohne jedoch das Ergebnis dieser Erhebung abzuwarten, hat sich die Reichsregierung entschlossen, erneut Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus vom 30. März 1935 gibt dem Reichsministerium der Finanzen die Ermächtigung, fünfzig Millionen Reichsmark aus dem Sondervermögen zur Förderung der Eheschließungen für Zwecke der Kleinsiedlung und des Kleinwohnungsbaus zur Verfügung zu stellen. Weitere Mittel, fünfunddreißig Millionen Reichsmark, brachte ein Runderlaß des Reichsarbeitsministers vom 18. Juli 1935 für die Errichtung von „Volkswohnungen", einer neuen Wohnungsform, bestehend in billigsten Mietwohnungen in ein- oder mehrgeschossiger Bauweise mit einfachster Ausstattung.[1]

Die badische Regierung hat schon frühe erkannt, wo in der Förderung des Kleinwohnungsbaus der Hebel anzusetzen ist, nämlich in der Beschaffung zweitstelliger Hypotheken, die auf dem freien Kapitalmarkt nicht zu erhalten sind. Indem sie im Oktober 1934 die Wohnungsfürsorgekassen des Landes (ohne die der 16 größern Städte) und die der Wohnungsverbände in einer öffentlichen Staatsanstalt, der Badischen Landeskreditanstalt für Wohnungsbau, zusammenfaßte, sorgte sie für die wirtschaftlichste und wirksamste Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel, was daraus hervorgeht, daß die Anstalt in den ersten acht Monaten ihres Bestehens den Bau von ungefähr 2000 Wohnungen, darunter zahlreiche Eigenheime, durch Darlehen fördern konnte. Die vom Reich neuerdings eingeleiteten Maßnahmen zum Bau von Volkswohnungen trifft somit in Baden auf eine bereits bewährte einheitliche Organisation.

Eine besondere, sozial- und bevölkerungspolitisch wichtige Aufgabe liegt in der Notwendigkeit vor, in den innern Teilen der Städte gesunde Wohnverhältnisse zu schaffen. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert Zeit und Geld und ist auch an gesetzliche Voraussetzungen geknüpft, die zum Teil erst noch geschaffen werden müssen. Vorläufig hat das Reich 14,4 Millionen Reichsmark für die Altstadtsanierung zur Verfügung gestellt, um für die dringendsten Arbeiten Kostenzuschüsse bis zu 50 v. H. oder Darlehen geben zu können.

Der gewerbliche Hochbau entwickelte sich langsamer. Das war natürlich. Denn bei der geringen Ausnutzung der vorhandenen Erzeugungsstätten bestand kein Bedarf an neuen baulichen Anlagen. Immerhin bewirkten die steuerpolitischen Erleichterungsmaßnahmen (Ermäßigung der Einkommens- und Körperschaftssteuerschuld für die nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 endenden Steuerabschnitte um 10 v. H. der eigenen Aufwendungen für Instandsetzungen und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die einem gewerblichen Betrieb des Steuerpflichtigen dienen,

[1] Baugewerbe. 11. April 1935. S. 243.

die Steuerfreiheit für den Gewerbetreibenden und Landwirt, wenn er das gewerbliche oder landwirtschaftliche Anlagekapital ersetzt oder ergänzt, bei langlebigen Gegenständen unter der Voraussetzung, daß es sich um einen Ersatzgegenstand handelt und daß die Ersatzbeschaffung vor dem 1. Januar 1935 erfolgt) eine leichte Belebung, die sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Nutzbauten erstreckte und verhütete, daß der Wert der Erzeugung für gewerbliche Bauten im Jahre 1933 noch weiter sank.

Im Jahre 1934 aber hat sich die gewerbliche Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre fast verdoppelt, hauptsächlich eine Folge des steigenden Ertrags der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Gewerbe.

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß die Reichsregierung sich bemüht, die Landwirtschaft aus der Abhängigkeit von ausländischen Eiweißfuttermitteln zu lösen. Zu diesem Zwecke regt sie zum Bau von Silos für die Eiweißkonservierung von Grünfutter und Kartoffeln an und gewährt dazu Reichsbeihilfe mit der Absicht, gleichzeitig der Arbeitsbeschaffung zu dienen. Damit hat sie einen vollen Erfolg gehabt, wie das Ergebnis der letzten Baujahre zeigt.

Es wurden gebaut

im Jahre	1931	rund	3 800	Behälter
„ „	1932	„	7 800	„
„ „	1933	„	20 900	„
„ „	1934	„	34 200	„

Von den im Jahre 1934 insgesamt vorhandenen Silos sind

80 683	aus Beton oder Mauerwerk,	
1 098	„	Eisenblech oder Stahl,
3 692	„	Holz gebaut.[1]

Wenn beim gewerblichen Bau das Gleiche wie beim Wohnungsbau festzustellen ist, nämlich die größere Beteiligung der Kleinstädte, so hängt dies mit der Industrieumlagerung zusammen, die die kleineren Gemeinden begünstigt.

Der öffentliche Hochbau zeigte ebenfalls nur eine langsame Besserung. Von dem im Rahmen des Reinhardtprogramms für die Instandsetzung öffentlicher Gebäude bereitgestellten Betrage von 170 Millionen Reichsmark wurden 38,6 Millionen Reichsmark für öffentliche Neubauten bewilligt, zu denen neben dem Neubau der Universität Köln und des Eisenforschungsinstituts in Düsseldorf der Neubau der chirurgischen Klinik in Heidelberg gehört. Eine starke Steigerung der öffentlichen Bautätigkeit brachte das Jahr 1934, nachdem durch Reich, Länder und Gemeinden erhebliche Mittel für Neubauten, darunter auch Hochbauten, die mit der Wiedererstehung der Wehrmacht zusammenhängen, zur Verfügung gestellt wurden.

[1] Wirtschaft und Statistik. 1935. S. 244.

Dies wirkte sich auch im Jahre 1935 aus. Mit Befriedigung stellte der „Bericht des Reichsstandes des deutschen Handwerks über die Wirtschaftslage in den Monaten April, Mai und Juni 1935" fest: „Bei den Bauhandwerkern haben in erster Linie die öffentlichen Aufträge dem Maurer- und Zimmererhandwerk eine fühlbare Geschäftsbelebung gebracht. Es erfolgten Neueinstellungen von Gesellen und Arbeitern in erheblichem Umfang, so daß in vielen Kreisen Arbeitslose im Bauhandwerk nicht mehr vorhanden waren." (S. 551.) Und im einzelnen wurde bei den holzverarbeitenden Berufen die Beschäftigung im Tischlerhandwerk dort „als gut bezeichnet, wo öffentliche Arbeiten für die Bautischlerei vorlagen", ebenso bei dem Schlosserhandwerk, wo „ein Teil der Betriebe größere Aufträge von der öffentlichen Hand hereinnehmen konnte".

b) Dieser starken Steigerung der Hochbautätigkeit lief eine kräftige Tiefbaubelebung parallel, und es ist darum nicht verwunderlich, wenn die Arbeitslosenziffern im Baugewerbe stark zurückgingen. (Siehe nachfolgende Übersicht.)

Die Arbeitslosen im Baugewerbe nach dem Stande am 31. Dezember 1933 und am 31. Dezember 1934

Berufsgruppen und Berufsarten	Im Deutschen Reich[1]			In Heidelberg[2]		
	31. Dez. 1933	31. Dez. 1934	Abn. in v. H.	31. Dez. 1933	31. Dez. 1934	Abn. in v. H.
a) Maurer	193 717	126 512	34,6	816	470	42,4
b) Putzer und Stukkat.	15 682	11 168	28,7	243	192	20,9
c) Zimmerleute	67 786	37 833	44,1	211	121	42,6
d) Steinsetzer und Pflasterer	16 960	11 311	33,3	26	7	73,0
e) Ofensetzer	3 460	3 278	5,2	9	10	
f) Dachdecker	14 957	10 957	26,7	26	6	76,9
g) Maler usw.	72 083	66 024	8,3	489	361	26,1
h) Glaser	4 202	2 565	38,9	12	7	41,6
i) Zement- und Betonarbeiter	10 262	5 282	48,5	56	28	50,0
k) Übrige gelernte und angelernte Arbeiter	8 414	6 463	23,1	25	17	32,0
l) Ungelernte Arbeiter (Bauhilfsarbeiter)	233 279	156 725	32,8	1 207	874	27,5
Insgesamt	641 802	438 118	31,7	3 120	2 093	32,9

[1] Entnommen der Zeitschrift „Arbeit und Arbeitslosigkeit", Nr. 3 von 1935.
[2] Nach Mitteilung des Arbeitsamts Heidelberg.

In diesen Zahlen kommt jedoch die volle Besserung der Beschäftigungslage nicht zum Ausdruck, weil sie uns keinen Aufschluß über die Verminderung der „unsichtbaren Arbeitslosigkeit" geben, von der wir aber wissen, daß sie ebenfalls sehr groß gewesen sein muß, wenn noch in der Zeit vom Januar auf Mai 1935 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, „um 950 000 sank, während die Zahl der Beschäftigten nach der Mitgliederstatistik der Krankenkassen um fast zwei Millionen zugenommen hat". Das Bauhaupt- und Baunebengewerbe stellte, wie das Handwerk überhaupt, zu der Masse der von den Arbeitsämtern nicht gezählten Arbeitslosen, also derjenigen Arbeitslosen, die entweder von vornherein auf Arbeitslosenunterstützung verzichtet hatten oder die auf Grund der Notverordnungsvorschriften (strengere Prüfung der Hilfsbedürftigkeit) ausgeschieden waren und später ihr Arbeitsgesuch nicht erneuert hatten, einen großen Teil, von den vielen kleinen Meistern selbst ganz abgesehen.

Unmöglich ist es auch genau festzustellen, wieviel von der Minderung der obengenannten Arbeitslosenziffern dem Hochbau allein zuzurechnen ist.

Wenn wir aber hören, daß während der Wintermonate 1933/34 im deutschen Hausbesitz für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten Beträge in der Größenordnung von zwei Milliarden Reichsmark verwendet wurden, während im Jahre 1932 die gesamten Umsätze des Bauhandwerks einschließlich Baunebengewerbe nur rund 1,4 Milliarden Reichsmark betragen haben, dann sind wir berechtigt, einen großen Teil der Erhöhung der ebengenannten Beschäftigtenziffern bzw. Minderung der Arbeitslosenziffern dem Hochbau zuzuschreiben.

Es gereicht der Arbeitsbeschaffung der deutschen Reichsregierung zum besondern Lobe, daß sie nicht schematisch-bürokratisch vorging, sondern kämpferisch eingestellt war und jeweils an den Stellen größten Widerstandes ihre stärkste Kraft einsetzte. Das verschaffte ihr auch dort Erfolge, wo der Gegner Arbeitslosigkeit in den Witterungsverhältnissen einen starken Bundesgenossen hatte. Indem die Reichsregierung im Herbste 1933 für Instandsetzungen und Umbauarbeiten den stattlichen Betrag von fünfhundert Millionen Reichsmark aussetzte, zugleich aber auch die Zuschußbewilligungen und Steuervergünstigungen befristete, erreichte sie, daß in der sonst baustillen Zeit des Winters, die Nachfrage nach Arbeit sich vermehrte und infolgedessen das jahreszeitliche Ansteigen der Arbeitslosenziffern im Winter nicht die gewohnte Höhe erreichte. Dies war psychologisch von Bedeutung; das Vertrauen wuchs, man begann, allgemeiner an den Erfolg der Arbeitsschlacht zu glauben. Und als die Instandsetzungsarbeiten ihrem Ende zuneigten, gaben die inzwischen durch Planung vorbereiteten größeren öffentlichen Bauvorhaben und die vermehrten Siedlungsbauten neue Arbeit, womit auch für den Winter 1934/35 ein genügender Arbeitsvorrat für die von der Witterung unabhängigen Innenarbeiten geschaffen war. Die Regierung hat also die Möglichkeiten, mit Hochbau-Arbeitsbeschaffung ausgleichend zu

wirken, kräftig ausgenützt. Darum sank gerade auch die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter

von 500 000 Ende März 1933 auf

107 000 Ende März 1934,[1] und vom April 1935 wird gemeldet, daß in einigen Bezirken sogar ein Mangel an Facharbeitern eintrat. Arbeitsämter bekommen nun schon mehr die Aufgabe, auch über größere Gebiete hinaus die Nachfrage nach Facharbeitern zu befriedigen. Dem steht allerdings, wie uns auch das Arbeitsamt Heidelberg bestätigt, die Schwierigkeit entgegen, Arbeitslose nach andern Gegenden zu verpflanzen, gewöhnlich weil sie mit ihrem bisherigen Wohnort seelisch oder wirtschaftlich — z. B. durch Besitz eines Häuschens — zu sehr verwurzelt sind. Das erklärt zugleich die große regionale Verschiedenheit der Arbeitslosenzahlen gleicher Berufsarten. In Berlin war der Mangel an Maurern so groß, daß vereinzelt sogar 65—70jährige untergebracht werden konnten.[2]

5. a) Die Fernwirkungen konnten sich nur allmählich zeigen. Das Baugewerbe war im ganzen und einzelnen zu sehr heruntergekommen. In den Nachkriegsjahren hatte man im Zuge der Richtung auf das Große und Rationelle fast nur Großwohnblöcke, Hochhäuser und Industriebauten errichtet und dazu nur die großen, kapitalkräftigen Bauunternehmen herangezogen. Infolgedessen bildeten sich in den Mittel- und Großstädten die mittleren und kleinen baugewerblichen Betriebe, obwohl sie in ihrem Kern gesund waren, immer mehr zurück und gingen zum Teil ganz ein. Dazu hatte die lange Dauer der Krise das Baugewerbe zum großen Teil verschuldet. Es verfügte nur über geringe flüssige Mittel und lebte, wie man zu sagen pflegt, aus der Hand in den Mund.

Dieser schwierigen Lage der mittleren und kleineren baugewerblichen Betriebe und des Handwerks trug die Regierung Rechnung, indem sie die öffentlichen Stellen anwies, darauf hinzuwirken, daß bei der Arbeitsvergebung möglichst die mittleren und kleineren Betriebe — in die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsprogramme eingeschaltet werden, gegebenenfalls auch durch das Mittel der Bildung von fachlichen Arbeitsgemeinschaften, die dann auch — wie Reichshandwerksmeister Schmidt auf der Tagung des Handwerks in Frankfurt a. M. ausführte — sich sehr günstig ausgewirkt haben. Dankbar wurde auch begrüßt, daß die öffentlichen Stellen von der Regiearbeit, schon aus grundsätzlichen Erwägungen, absahen. Auch der Reichsstand der Industrie ersuchte, auf Anregung des Reichsstandes des Handwerks, seine Mitglieder, nach Möglichkeit von der Durchführung der Bauarbeiten in eigener Regie Abstand zu nehmen und sie dem ortsansässigen Handwerk zu übertragen.

[1] Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1934. S. 83.
[2] Bauen, Siedeln, Wohnen. 1935. Oktobernummer 19/20, S. 414.

Überdies hatte sich auch — nachgewiesen u. a. auch bei der vorstädtischen Kleinsiedlung Karlsruhe — ergeben, daß bei Erfassung aller Kosten und Leistungen die Ausführung in Regiearbeit um rund 5 v. H. teurer ist. (Privatdozent Dr. Holz in „Betriebsführung", Dezember 1933.)

So brachten denn die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine nennenswerte Erhöhung des Unternehmereinkommens, die — wie wir auch am Klinikbau hörten — in erster Linie zur Abdeckung von Schulden verwendet wurde, also deflationistisch wirkte. Der Einkauf von Kapitalgütern (Rohstoffe, Werkzeuge und Maschinen) beschränkte sich zunächst auf den zur Durchführung der übernommenen Arbeiten notwendigen Umfang. Zum Teil erfolgte er auf dem Kreditwege (Kreditierung beim Lieferanten). Das war z. B. dort der Fall, wo der verschuldete Hausbesitzer die Instandsetzungskosten nicht bar bezahlte, obwohl ihm das zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September 1935 in der Gewährung von Zinszuschüssen von 4. v. H. für die eigenen oder gelieferten Mittel eine wertvolle Hilfe geboten hatte. Daß der Einkauf der Baustoffe bald wesentlich größer als bisher war, zeigten u. a. die Umsätze in den Einkaufsgenossenschaften der Handwerker, auf die Dr. Schacht auf dem „Tag des Handwerks" in Braunschweig am 28. Oktober 1934 hinwies: „Im ersten Quartal 1934 lagen die Umsätze in den Einkaufsgenossenschaften der Maler um 88,2 v. H., der holzverarbeitenden Gewerbe um 67,2 und der metallverarbeitenden Gewerbe (Klempner und Installateure) um 85,7 v. H. über denen des Vorjahres."[1] Und auf der Tagung des deutschen Handwerks in Berlin am 19. Januar 1935 hob Handwerksmeister Schmidt hervor, daß sich die wirtschaftliche Lage des Handwerks seit dem Tiefstand im Jahre 1932 wieder gebessert habe; der Umsatz des deutschen Handwerks habe 1926 23,5 Milliarden betragen, er sei 1932 auf 9,5 Milliarden gesunken und betrage, dank des Arbeitsbeschaffungsprogramms, schon wieder 14,5 Milliarden.[2] Das „sterbende Handwerk" Sombarts scheint sich heute glücklicherweise weiter als je vom Tode zu entfernen.

Auch die bildende Kunst und das Kunsthandwerk verspürten eine Belebung, besonders seitdem Reichsminister Dr. Goebbels unterm 22. Mai 1934 die Landesregierungen ersucht hatte, dafür zu sorgen, daß bei allen Hochbauten, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, grundsätzlich ein angemessener Prozentsatz der Bausumme für die Erteilung von Aufträgen an bildende Künstler und Kunsthandwerker aufgewendet werde. Demgemäß hatte auch der badische Finanzminister unterm 15. Juni 1934 an die nachgeordneten Behörden und an die Kirchenbehörden das Ersuchen gerichtet, dem Wunsche des Propagandaministeriums zu entsprechen. (Im Voranschlag des Heidelberger Klinikbaus sind allein für den Behandlungsbau RM. 20 000,— für künstlerische Zwecke eingesetzt.)

[1] Der deutsche Zimmermeister. 1934. Nr. 45.
[2] Das Baugewerbe. 1935. S. 59.

Natürlich gibt es bei einem so von den jahreszeitlichen Einflüssen abhängigen Gewerbe wie beim Baugewerbe auch Rückschläge. So blieben im frühen Winter 1934/35 „die Materialeinkäufe des Malerhandwerks um rund ein Fünftel hinter dem Vorjahr zurück."[1]

Das Handwerk beschränkte sich jedoch nicht darauf, Hilfe nur von der Regierung zu erwarten, sondern bemühte sich auch seinerseits, den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Um die Vollfinanzierung der Bauvorhaben zu sichern, gründete die Spitzenorganisation des Handwerks die Treubau A.G. für Baufinanzierung, die schon im Jahre 1934 ansehnliche Erfolge aufweisen konnte. Der gesamte Bau- und Bodenwert der mit ihrer Hilfe erstellten und im Bau befindlichen Eigenheime und Geschoßwohnungen betrug Ende 1934 achtundzwanzig Millionen Reichsmark; die reinen Baukosten betrugen einundzwanzig Millionen, davon waren Baustoffkosten etwa zehndreiviertel Millionen.[2]

b) Der Handel mit Baustoffen verfügte Anfang 1933 über Lager von nur geringem Umfange, so daß er kaum in der Lage war, die mit der Durchführung des Reinhardtprogramms einsetzende stärkere Nachfrage zu befriedigen. Die Ausgaben für Baustoffe gingen darum größtenteils sofort in die Erzeugung ein und erweiterten dadurch den Strom des Einkommens. Der Absatz von Zement stieg im Jahre 1933 um rund ein Drittel desjenigen im Vorjahre und im ersten Vierteljahr 1934 sogar auf das Dreifache des gleichen Zeitraums 1932.[3] In welchem Verhältnis Hochbau und Tiefbau am Zementabsatz überhaupt beteiligt sind, konnte nicht ermittelt werden. Man nimmt an, daß die genannte Absatzsteigerung in der Hauptsache eine Auswirkung der Tiefbaukonjunktur ist, ebenso wie der flotte Verkauf von Betonmischmaschinen. Allein der vermehrte Absatz von Hebezeugen für den Baubetrieb — im Jahre 1934 wurden rund dreieinhalbmal soviel abgesetzt wie 1933 — und Baugerüsten — beide gehören nach der Rundfunkrede des Staatssekretärs Reinhardt zu den steuerlich vergünstigten Gegenständen — wird schon mehr der Hochbaubelebung zuzurechnen sein. Und in erhöhtem Maße gilt dies für den Absatz von Branntkalk, der 1933 um ein Viertel, 1934 um die Hälfte des Absatzes von 1932 stieg.

Der Absatz baumarktabhängiger Eisen- und Metall-Walzwerkserzeugnisse (Halbzeug- und Fertigwaren) nahm rasch zu.[4] Die Umbauten und später die öffentlichen Hochbauten befruchteten das Geschäft in Eisenträgern und Nichteisenmetallen. Der erhöhte Bedarf an Arbeitsgeräten, Baubeschlägen und Installationsarmaturen belebte den Markt von Werkzeugmaschinen. Bezeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung ist es, daß gegenwärtig ein immer größerer Teil des Gesamtabsatzes von Eisen,

[1] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jahrgang 10; Heft 1; Teil B; S. 74.
[2] Deutsches Handwerk. Jahrgang 1935. S. 492.
[3] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1934. S. 81.
[4] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 3. Mai 1934. Nr. 17.

80 v. H. gegenüber nur 36 v. H. im Jahre 1931, auch nach endgültiger Verarbeitung im Inland verbleibt.[1]

Auf dem lange und schwer darniederliegenden Bauholzmarkt vollzog sich im Herbst 1933 ein kräftiger Umschwung. Die Umsätze nahmen beträchtlich zu und erschöpften bald die geringen Vorräte. Da es besonders an Kiefernschnittholz fehlte, mußte zu Beginn des Jahres 1934 ein großer Einschnitt an Rundholz erfolgen. Die Mengenumsätze in den deutschen Staatsforsten betrugen im Oktober 1933 30 820 fm Kiefernholz gegenüber 16 620 fm im Oktober 1932.[2]

Trotzdem stieg Deutschlands Mehreinfuhr an Bau- und Nutzholz noch von

479 000 t im Jahre 1932 auf
663 201 t im Jahre 1933 und auf
2 140 166 t im Jahre 1934.[3]

Erfreulich aber war, daß diese Holzeinfuhren bisher keinerlei Wirkung auf den Holzmarkt ausüben konnten, weder in Hinsicht auf den Preis noch auf die Absatzmöglichkeiten des deutschen Holzes. Dessen Verwendung wird begünstigt durch die vom Reichsfinanzministerium erlassene Durchführungsverordnung über die Steuerbefreiung für neuerrichtete Kleinwohnungen und Eigenheime. Darnach ist die Gewährung der Steuerbefreiung an die Voraussetzung geknüpft, daß nur deutsche Baustoffe verwendet werden.[4]

Die Forstwirtschaft hatte darum zeitig dafür Sorge getragen, daß die nötigen Mengen Bauholz geschlagen wurden und die erforderlichen Hilfskräfte zur Abfuhr zur Verfügung standen. Für das Baujahr 1935 wurde mit der Anordnung, daß die Staatsforsten im Bedarfsfalle bis zu 50 v. H. über den normalen Jahresetat hinaus Rundholz einschlagen können, ermöglicht, daß der Bedarf des Baumarktes im Jahre 1935 nahezu ganz mit deutschem Holz gedeckt werden konnte. Auch für das Forstwirtschaftsjahr 1936 wurde durch einen Erlaß des Reichsforstmeisters im Oktober 1935 verfügt, daß der Holzeinschlag um 50 v. H. höher liegen darf als der planmäßige Jahreseinschlag und zwar nicht nur bei den Staats-, sondern auch allen andern Waldungen. Somit hilft die Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten wesentlich mit, den deutschen Wald, der einen ansehnlichen Anteil des deutschen Volksgemeinvermögens darstellt, wieder zu einem Tragpfeiler der deutschen Wirtschaft zu machen. Sie erleichtert aber noch ein Weiteres, worauf Reichsforstmeister und Ministerpräsident Hermann Göring hingewiesen hat: „Der außerordentliche Aufschwung, den namentlich das Baugewerbe seit 1933 nahm, hat zu einem großen Mehrbedarf an Bauhölzern geführt, ein Umstand, welcher der Umstellung der deutschen Waldwirtschaft auf höhere Leistung beson-

[1] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1934. S. 81.
[2] Deutsche Volkswirtschaft. 1934. S. 315.
[3] Statistisches Jahrbuch. 1935. S. 204.
[4] Der deutsche Zimmermeister. 1934. Nr. 19, S. 34.

ders willkommen war; der Bedarf des Baumarktes liegt ganz wesentlich in den geringen Holzstärken und im ästigen, also weniger wertvollen Holz. Daher können in den auf 150 v. H. der Abnutzungssätze gesteigerten Pflegehieben gerade die schädlichen Stämme in den Beständen zugunsten der Besseres leistenden herausgenommen und somit der Volkswirtschaft nicht nur der größere benötigte Holzanfall zugeführt, sondern auch der Waldzustand verbessert werden[1].

Für unsere engere Heimat, den Gau Baden, wiegt die Verbindung der Bau- mit der Holzwirtschaft besonders schwer. Sind doch 40 v. H. seiner Nutzungsfläche, nämlich 589 445 ha, Waldbestand, dessen Besitz sich verteilt auf:

Staat	100 872 ha	= 17,1 v. H.
Gemeinden	261 624 „	= 44,4 „ „
Körperschaften	20 263 „	= 3,4 „ „
Private	206 686 „	= 35,1 „ „[2]

c) Die industrielle Erzeugung des Baubedarfs paßte sich der stärker gewordenen Nachfrage durch erhöhte Ausnützung der Leistungsfähigkeit an; zuerst durch Erhöhung der Arbeitszeit, die eine Erhöhung der Lohnsummen bewirkte, später durch Arbeitereinstellungen. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit stieg in der Baustoffindustrie von 7,48 Stunden im Mai 1933 auf 7,67 Stunden im Mai 1935; die geleistete Stundenzahl der Arbeiterstundenkapazität im gleichen Zeitraum von 40,4 auf 58,8 v. H.[3]. Sie verfügte anfangs vorsichtig, d. h. sie erzeugte nicht viel über den angeforderten Bedarf hinaus, sodaß die im allgemeinen niedrige Lagerhaltung auf ihrem Stande erhalten blieb. Immerhin stieg die Gesamterzeugung von Baustoffen im Jahre 1933 um mehr als ein Drittel und im Jahre 1934 auf mehr als das Doppelte des Jahres 1932. Wir fügen nachfolgend noch eine Übersicht an, aus der zu ersehen ist, welche Steigerung die arbeitstägliche Produktion einzelner Baustoffe seit dem Jahre 1932 erfahren hat.

	Produktion wichtiger Baustoffe arbeitstäglich 1928=100			
	1929	1932	1933	1934
Zement	94,5	34,9	45,9	79,5
Kalk	100,0	48,6	56,9	71,6
Eisenträger	99,3	25,0	34,9	76,8
Rohdachpappe	86,7	48,9	50,4	69,9

Für die Zementproduktion sind ab 1933 die Versandzahlen, für die Produktion von Kalk ist die Wagengestellung (1929 = 100) zugrunde gelegt. Da beide Baustoffe nur beschränkt lagerfähig sind, können die Absatzziffern auch als Maßstab für die Produktion und den Verbrauch dienen[4].

[1] Der deutsche Zimmermeister. 1935. S. 314.
[2] Statistisches Jahrbuch für das Land Baden. 1930.
[3] Statistisches Jahrbuch. 1935. S. 315.
[4] Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft. 1934. S. 31.

Da die in der vorstehenden Übersicht angeführten Baustoffe sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau verwendet werden, eine entsprechende Mengenausscheidung aber nicht möglich ist, so ist es bei diesen Zahlen ausgeschlossen festzustellen, in welchem Maße sich Hoch- und Tiefbau in die Gesamtwirkung auf die Baustofferzeugung teilen. Wir befassen uns daher nur mit der Erzeugung derjenigen Baustoffe, die im Hochbau Verwendung finden.

Die Holzerzeugung hat schon beim Baustoffhandel Erwähnung gefunden. Zu ergänzen ist hier nur noch, daß die Sägewerke in den letzten beiden Jahren ausgiebig beschäftigt waren; im August 1934 erreichte ihre Beschäftigung den jahreszeitlichen Höhepunkt mit 62,5 v. H. des Durchschnittes von 1928[1]. Die holzverarbeitende Industrie berichtete, daß der Beschäftigungsgrad bei der Herstellung von Türen und Fenstern im Jahre 1934 um 36 v. H. höher als 1933 war[2].

Die Mauerstein- und Dachziegeleien waren im Jahre 1933 noch im Stande, der stärker gewordenen Nachfrage aus ihren Vorräten zu genügen, und erhöhten ihre Erzeugung nur unbedeutend. Im Frühjahr 1934 aber waren die Mauerziegeleien genötigt, sie zu verdoppeln, und bei den Dachziegeleien erhöhte sich die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit gegenüber dem Jahr 1933 um 67 v. H.[3].

Da der gebrannte Kalk nur beschränkt lagerfähig ist, so können die oben angegebenen Zahlen des Absatzes auch als Maßstab der Erzeugung genommen werden.

Die Herstellung von Eisenträgern war im ersten Vierteljahr 1934 dreimal so hoch wie im Vorjahre[4] und erfuhr nach einem leichten Rückschlag im Sommer eine neue Belebung im Herbst, die das Institut für Konjunkturforschung auf die lebhafte öffentliche Bautätigkeit zurückführt, da für öffentliche Hochbauten verhältnismäßig mehr Eisen gebraucht wird als für Straßenbau und dem bei der Wohnungswirtschaft gegenwärtig im Vordergrund stehenden Eigenheim- und Siedlungsbau"[5].

Die Erzeugung von Tafelglas nahm rasch zu und lag bereits im August 1933 über den Stand vom August 1931[6]. Die Beschäftigung der Glasindustrie (Leistung in v. H. der Arbeiterstundenkapazität) stieg von 84,6 im Mai 1933 auf 63,1 im Mai 1935.

d) Eine so kräftige Belebung eines bisher völlig darniederliegenden Wirtschaftszweiges konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Preise der mit ihm zusammenhängenden Leistungen und Erzeugnisse sein. Zwar hatte die Reichsregierung durch ihre berufenen Vertreter, wie Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsminister, wiederholt verkündet, daß ihre Wirt-

[1] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jahrgang 9; Heft 4; Teil B; S. 324.
[2] Der deutsche Zimmermeister. 1935. Nr. 1.
[3] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1934. S. 81.
[4] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1934. S. 81.
[5] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jahrgang 9; Heft 4; Teil B; S. 312. 15. Dezember 1934.
[6] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1933; Beilage zu Nr. 33.

schaftspolitik dahin ziele, eine allgemeine Wirtschaftsbelebung durch Umsatzsteigerung bei gleichbleibender Lohn- und Preishöhe zu erreichen. Und für die Bauwirtschaft im besonderen hatte Staatssekretär Reinhardt in der Erläuterung des zweiten Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit betont, daß eine scharfe Überwachung des Baugewerbes einsetzen werde, um zu verhindern, daß durch irgendwelche Preissteigerung die durch die Aktion des Reiches gebrachte Nachfrage beeinträchtigt werden könne.

Obwohl ferner die Zinssätze für Baugelder seit Frühjahr 1933 dreimal herabgesetzt worden sind, stieg der Baukostenindex, der sich aus den Kosten für Baustoffe, Löhne, Handwerkerarbeiten, Zwischen- und Betriebskredite, Architekt und Gebühren zusammensetzt, von seinem tiefsten Stand im April 1933 mit 124,8 auf 128,3 im Dezember 1933 und auf 130,2 im April 1934 (Erhöhung also 5,3; in Karlsruhe 6,6), und auf 132,8 im Dezember 1934. (Siehe Beilage 6: Die Indexziffern der Baukosten.)

Warum diese Steigerung? Sie war in Zwangsläufigkeiten begründet: Während der Krise waren die Preise einzelner Rohstoffe und einzelner handwerklicher Leistungen — hier zum Teil eine Folge von „Schwarzarbeit" — so weit heruntergekommen, daß sie nicht länger zu verantworten waren. Man konnte und wollte gewiß auch nicht dem einzelnen Unternehmer zumuten, unter den Selbstkosten zu arbeiten oder mit einer Leistungsvergütung zufrieden zu sein, die in keinem richtigen Verhältnis zu dem stand, was er selbst für irgendeine Leistung zu bezahlen hatte. Man mußte also auch hier, wie bei der Landwirtschaft, zulassen, daß grobe Unstimmigkeiten in den Preisbeziehungen allmählich beseitigt und „Preisscheren" geschlossen wurden. Sonst hätte man selbst die Belebung gehemmt und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Dessenungeachtet behielt die Regierung die Preisgestaltung fest im Auge. Der Reichswirtschaftsminister erließ die Verordnung gegen Preissteigerungen vom 16. Mai 1934[1], die sich gegen die Verabredung, Festsetzung oder Empfehlung von Mindestpreisen und gegen deren Erhöhung richtet. „Eine unzulässige Preissteigerung ist im allgemeinen dann als gegeben zu erachten, wenn die Preise gegenüber dem Stand von Mitte 1933 erhöht worden sind, ohne daß die Selbstkosten (Rohstoffe, Löhne usw.) entsprechend gestiegen sind." — Willkürliche, rein auf Erhöhung des Gewinns gerichtete Preissteigerungen waren damit ausgeschlossen. Zugelassen waren nur die auf Ausgleich des übermäßigen Preisfalls gerichteten Erhöhungen, die oft nichts anderes bedeuteten, als eine Richtigstellung. Das traf besonders auch dort zu, wo sich aus dem Ringen um den Absatz Kampfpreise ergeben hatten, die nicht mehr die Erstellungskosten deckten.

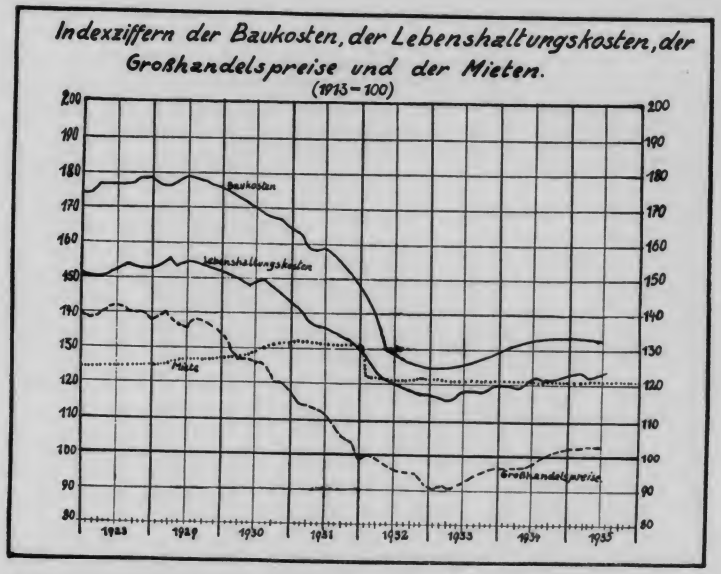
Zu einer wirkungsvollen Waffe aber gegen weitere Preissteigerungen wurde die am 29. März 1935 erlassene Verordnung über Preisbindung,

[1] Reichsgesetzblatt I. 1934. S. 389.

Die Indexziffern der Baukosten[1]

Indexziffern[2] der Baukosten (1928/30=100)	1934 Nov.	1934 Dez.	Jahresdurchschnitt 1933	Jahresdurchschnitt 1934
Berlin	76,2	77,2	71,3	75,0
Bremen	77,8	77,8	74,9	73,4
			74,9	77,7
Breslau	77,1	77,3	71,6	75,5
Essen	78,4	78,3	73,3	77,4
Frankfurt a. M.	77,3	77,3	74,5	76,8
Hamburg	75,2	75,5	72,8	74,3
Hannover	74,1	74,1	73,6	73,9
Karlsruhe	71,7	71,7	69,1	72,3
Köln	76,2	76,2	69,3	75,8
Königsberg i. Pr.	79,9	79,9	71,9	78,8
Leipzig	73,2	73,4	69,9	72,7
Magdeburg	79,9	79,9	76,3	78,9
München	78,0	78,2	73,6	77,6
Nürnberg	70,1	70,3	68,2	70,3
Stuttgart	73,3	73,3	71,4	73,3
Gesamtindex	75,8	76,0	72,1	75,3
Gruppenindexziffern:				
Steine und Erden	73,7	73,8	70,8	73,7
Schnittholz	79,6	79,9	62,8	77,1
Baueisen	86,4	86,5	84,5	86,7
Baustoffe zusammen	76,4	76,7	69,2	75,6
Löhne[3]	69,5	69,5	69,9	69,5
Preise für fertige Arbeiten der Baunebengewerbe	77,4	77,5	72,4	76,6
Gesamtindex (1913 = 100)	132,5	132,8	125,9	131,6

[1] Aus Wirtschaft und Statistik. 15. Jahrgang, 1935. Heft 1, S. 23.
[2] Nach der neuen Berechnung.
[3] Tariflöhne für die in der Indexziffer berücksichtigten Bauarbeiter (Rohbau) nach ihrem Anteil an den Kosten des Wohnhausbaus.



Die Preisentwicklung in Deutschland

Indexziffer	Basis	Mai 1933	Jan. 1934	Mai 1934	Jan. 1935	Mai 1935
Großhandelspreise insgesamt	1913=100	91,9	96,3	96,2	101,1	100,8
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	1913=100	87,8	89,9	90,4	91,8	90,6
Industr. Fertigwaren	1913=100	111,6	114,1	114,9	119,3	119,4
Produktionsmittel	1913=100	113,9	113,9	113,9	113,8	113,5
Konsumgüter	1913=100	109,9	114,2	115,6	123,5	123,9
Baustoffe	1913=100	103,5	106,1	111,1	112,0	110,4
Baukosten insgesamt	1928=100	71,5	73,7	75,5	75,9	74,9
Steine und Erden	1928=100	70,4	72,2	74,2	73,5	73,2
Schnittholz	1928=100	62,3	69,1	77,6	80,2	80,4
Baueisen	1928=100	84,0	86,9	87,5	86,6	86,6
Fertige Arbeiten der Baunebengewerbe [1]	1928=10o	71,5	74,8	76,4	77,4	77,3
Lebenshaltungskost. insgesamt [2]	1913=100	117,6	120,4	119,6	122,6	123,2
Ernährung	1913=100	112,8	117,6	116,1	119,4	120,2
Bekleidung	1913=100	105,7	108,5	109,6	116,8	117,7
Wohnung	1913=100	121,3	121,3	121,3	121,2	121,2

[1] Preise für die wichtigsten Arbeiten der Baunebengewerbe.
[2] Nach neuerer Berechnung. W. u. St. 1934 Nr. 19.

wonach bei Vergebung von Aufträgen über Lieferungen oder Leistungen jeder Art seitens öffentlicher Stellen — dazu gehören auch die Siedlungsunternehmen, die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, sowie die öffentlich-rechtlichen Bodenverbesserungs- und Wassergenossenschaften — Verhandlungen oder Vereinbarungen unter den Bewerbern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die zu fordernden Preise, über die Entrichtung von Ausfallsentschädigung (Gewinnbeteilgung oder sonstigen Abgaben), sowie Festsetzung oder Empfehlung von Preisen für die betreffenden Vergebungen ohne die Einwilligung der vergebenden öffentlichen Stellen unzulässig sind[1]. Und kurz vor seinem Ausscheiden als Preiskommissar, am 29. Juni 1935, stellte Dr. Gördeler für die Vergebung öffentlicher Bauaufträge besondere über die Verdingungsordnung für Bauleitungen (VOB) hinausgehende Richtlinien auf. Während die VOB eine Auswahl unter den Anbietern nach dem „angemessenen Preis" oder nach Preisen vorsah, die bei einwandfreier Ausführung für den Bieter auskömmlich erschienen (§ 25, Ziff. 2) wurde jetzt folgendes bestimmt.

Wird eine Vergebung öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben, so wird unter Heranziehung der zu 1 genannten Unternehmerliste zunächst bei dem billigsten Anbieter geprüft, ob er, was seine Leistungsfähigkeit betrifft, eine einwandfreie Lieferung oder Leistung verbürgt und sein Betrieb der ausgeschriebenen Leistung gewachsen ist. Dann wird im einfachsten Verfahren, gegebenenfalls fernmündlich, festgestellt, ob er seinen Verpflichtungen gegenüber Reich, Staat und Gemeinde, der Gefolgschaft und den Sozialversicherungsbeiträgen laufend nachgekommen ist. Ergeben sich bei dieser Prüfung keinerlei Beanstandungen, ist der Zuschlag dem billigsten Anbieter zu erteilen. Werden Unregelmäßigkeiten festgestellt oder entspricht der Betrieb des Unternehmers nicht den für den betreffenden Antrag zu stellenden Anforderungen (Ziff. 1), ist er auszuscheiden und die Prüfung bei dem nächsten, nunmehr billigsten Anbieter durchzuführen. —

Wie das Kurvenbild S. 44 zeigt, haben sich im Jahre 1933

die reinen Baukosten (durchschnittlicher Jahresindex . . . . . 125,9)
den Lebenshaltungskosten (durchschnittlicher Jahresindex . . . . 118,0)
und den Wohnungsmieten (durchschnittlicher Jahresindex . . . . 121,3)

angenähert. Im Jahre 1934 wird aber die Spanne schon wieder größer. Volkswirtschaftlich notwendig wäre es, daß zwischen Baukosten und Bauerlösen, wie sie beim Wohnungsbau in den Mieten zum Ausdruck kommt, das Gleichgewicht hergestellt würde. Denn der Kreis derer, die eine Miete zahlen können, die die Rentabilität eines gesunden Hausbesitzes sichert, ist klein. Die Arbeitseinkommen erreichten im Jahre 1934 nach den Feststellungen der Reichsstatistik folgende Durchschnittsspitzenbeträge nach oben und nach unten:

[1] Bauen, Siedeln, Wohnen. 1935. S. 171.

Arbeiter:	Höchstwochenlohn . .	RM. 27,98	(Hamburg, Bremen)
	Mindestwochenlohn .	RM. 14,99	(Grenzmark)
Angestellte:	Höchstmonatsgehalt .	RM. 189,—	(Hamburg, Bremen)
	Mindestmonatsgehalt .	RM. 148,—	(Oberpfalz, N.-Bayern)

Die Steigerung der reinen Baukosten ist durch die Erhöhung der Baustoffpreise und der Handwerkerarbeiten bewirkt.

(Siehe folgende Übersicht, entnommen der Deutschen Bauzeitung 1934, Heft 27, S. 506.)

Gegenstand	Durchschnittl. Steigerung[1] in v. H. (April 1933 bis Februar 1934) in 180 kleineren Gemeinden	in 15 Großstädten
Mauersteine	6,4	5,4
Dachsteine	2,1	2,1
Stückkalk	2,1	4,6[2]
Mauersand	6,4	6,5
Balken	17,6	18,7
Dachrinnen	4,0	3,0
Türenanstrich	3,2	3,5
Deckenanstrich	3,4	7,9

Wie die Übersicht zeigt, wurde der Baukostenindex in erster Linie durch die Steigerung der Holzpreise erhöht. Von allen Baustoffen hatte eben Holz vorher auch den größten Preisrückgang zu verzeichnen gehabt. Noch im Jahre 1933 arbeiteten die meisten Forstbetriebe mit Verlust. Endlich aber brachte dieses Jahr durch die im Februar erfolgte Zollerhöhung und durch den vermehrten Baubedarf eine Steigerung der Rohholzpreise ab Wald um rund 50 v. H. und damit eine Angleichung an den Preisstand der anderen Rohbaustoffe. Wenn diese Angleichung auch von den Käufern und Verarbeitern des Holzes unangenehm empfunden und wenn dem Waldbesitz vorgeworfen wurde, daß er mit der Preiserhöhung den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung zuwiderhandle, so darf demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß die Gesundung der Holzpreise dem Waldbesitz erst wieder ermöglichte, zurückgestellte Arbeiten, wie Wegebau, Durch- und Aufforstung und ähnliche Arbeiten durchzuführen und somit auch seinen Teil zur Arbeitsbeschaffung beizutragen. An diesem Beitrag haben es besonders die staatlichen Forstbetriebe nicht fehlen lassen, trotzdem konnten sie „in ihrer Gesamtheit 1933/34 erstmals wieder einen Überschuß (etwa fünfzig Millionen Reichsmark) ausweisen".

[1] Hierbei handelt es sich um Verbrauchspreise, welche auch Transport- und Handelskosten enthalten.

[2] Diese starke Steigerung ist hauptsächlich durch besondere Verhältnisse in einer der Großstädte verursacht; ohne diese beträgt die Erhöhung 1 v. H.

Auch die Gemeinden erübrigten wieder etwas aus ihrem Waldbesitz und in Offenburg wurde dem Reichsstatthalter Robert Wagner bei einem Besuch u. a. auch berichtet, daß „die Erhöhung der Holzpreise nicht nur die Lage der Gemeinden gebessert, sondern auch den zum Teil in ärmlichen Verhältnissen lebenden privaten Besitzern geholfen habe"[1].

Die Schnittholzpreise erhöhten sich im Jahre 1933 um 16,5 v. H. und stiegen vom Januar bis Mai 1934 noch um 12 v. H. „Für die folgende Zeit wurde jedoch in Verhandlungen mit den beteiligten Wirtschaftskreisen im ganzen eine Stabilisierung der Schnittholzpreise bewirkt[2]." Abgeschlossen war die konjunkturelle Erhöhung der Holzpreise aber erst mit dem Frühjahr des Jahres 1935.

Die Preise für Handwerkerarbeiten einschließlich Material sind verhältnismäßig wenig gestiegen, „vom Frühjahr 1933 bis Mai 1934 um 6,8 v. H., im zweiten Halbjahr 1934 nur noch um 1,3 v. H." Es ist dem Handwerker hoch anzurechnen, daß er „Einstandspreise auffing", d. h. daß er die Steigerung der Rohstoffpreise nicht zur vollen Auswirkung in den Leistungspreisen kommen ließ, sondern sich persönlich mit einer geringern Vergütung begnügte. Freilich fallen auch schon kleine Steigerungen der bauhandwerklichen Leistungen bei dem großen Anteil (30 v. H.) dieser Arbeiten an den Baukosten für die Erhöhung der Indexziffer ins Gewicht.

Bei den Preisen für Lohnfuhren wurden im Herbst gegenüber Februar 1934 in den Großstädten, die zur Indexziffer der Baukosten berichten, kaum Veränderungen festgestellt, während in den mittleren und kleineren Gemeinden eine durchschnittliche Preissteigerung von 2,4 v. H. eingetreten ist; diese kann mit der stärkern Beanspruchung der Gespanne mit landwirtschaftlichen Arbeiten im September zusammenhängen[3].

Unter den kostenmäßig sehr bedeutsamen Ausstattungsgegenständen zeigte sich im Durchschnitt von 15 Großstädten folgende Entwicklung (April 1933 = 100):

	Febr. 1934	Sept. 1934
Badeeinrichtungen	104,6	103,5
Aborteinrichtungen	106,6	106,8
Ausgußbecken (oder Gossensteine)	105,7	106,0
Küchenherde	108,2	113,0
Kachelöfen	103,9	104,8
Eiserne Zimmeröfen	104,8	104,7[3]

Doch nicht nur von Preiserhöhungen, auch von Senkungen kann berichtet werden: Die Bauglaspreise wurden bereits im April 1934 um 5 v. H. und im Februar 1935 um weitere 5 v. H. gesenkt. Die Zementpreise

[1] „Volksgemeinschaft" vom 16. August 1935.

[2] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 418.

[3] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 784.

wurden schon Ende Februar 1934 unter Beseitigung der Kampfpreise um 10—15 RM. pro 10 t ermäßigt. Die Auswirkung der Mengenkonjunktur gestattete am 1. Juli 1934 und am 1. Januar 1935 weitere Senkungen, die letzte davon nach Verhandlungen mit dem Preiskommissar und dem Reichswirtschaftsministerium. Die Vermehrung der gesamten Baustofferzeugung, die ohne Errichtung von Neuanlagen durch erhöhte Ausnützung vorhandener Leistungsfähigkeit erfolgte, ist wohl auch der Hauptgrund dafür, daß sich in der kapitalintensiven Baustoffindustrie, die mit hohen fixen Kosten zu rechnen hat und bei Zunahme der Beschäftigung unter starker Kostendegression steht, „der Verlustsaldo des Vorjahres (1932) in Höhe von 9,5 v. H. in einen Gewinnsaldo in Höhe von 0,3 v. H. verwandelt hat" und daß im Jahre 1933 32 Gesellschaften (gegenüber 17 im Jahre 1932) mit Gewinn und nur 7 (gegenüber 23) mit Verlust abgeschlossen haben[1].

Verhältnismäßig leichter als die Preise konnten die Lohn- und Gehaltsätze auf ihrem bisherigen Stande erhalten bleiben. Den an Tarifverträgen Beteiligten wurden vom Reichsarbeitsminister durch Rundschreiben vom 6. April 1933 zur Pflicht gemacht, die in den Verträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Änderung nicht als unumgänglich notwendig erweist, zunächst beizubehalten. Da auch durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 die früheren Lohnkämpfe ausgeschaltet wurden, so beschränkten sich die Lohnveränderungen auch im Hochbau nur auf die friedliche Beseitigung von Unterschreitungen der Tarife.

Diese Bemühungen, sowie die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit durch die im Juni 1934 erfolgte Aufhebung der Bestimmungen über die 40-Stundenwoche für Unternehmungen, die an den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beteiligt sind, ferner das Aufrücken tüchtiger Facharbeiter in höhere Lohnstufen erhöhten das durchschnittliche Einkommen des einzelnen Arbeiters. „In den Monaten September bis November 1934 war das durchschnittliche Einkommen im Baugewerbe um 8 v. H. höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Daß sich in dieser Zeit der Anteil der Facharbeiter stark erhöht hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der Beschäftigten im Hochbau, der mehr Facharbeiter beschäftigt als der Tiefbau, zugenommen hat, während sie im Tiefbau zurückgegangen ist. Von 100 beschäftigten Bauarbeitern arbeiteten

September/November	1932	im Hochbau	32,2	im Tiefbau	67,8
„ „	1933	„ „	25,5	„ „	74,5
„ „	1934	„ „	32,9	„ „	67,1[2]

Einen ungefähren Begriff von der Größe des durch die Hochbaubelebung geschaffenen zusätzlichen Lohneinkommens bekommen wir, wenn wir uns

[1] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 542.
[2] Sonderbeilage zur Wirtschaft und Statistik. 1935, Nr. 35, S. 16.

einige Zahlen vor Augen halten: Baugewerbe und Baustoffindustrie haben bis Mai 1934 allein 900 000 Arbeiter aufgenommen. Darunter zwei Fünftel für den Hochbau gearbeitet = 360 000 Arbeiter. Das Durchschnittseinkommen im Baugewerbe beträgt nach der Erhebung der statistischen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront wöchentlich RM. 28,51 nach Abzug der Steuern und Abgaben jährlich rund RM. 1 200;

für 360 000 Arbeiter = RM. 432 000 000
360 000 „ hätten jährlich an Arbeitslosenhilfe bekommen RM. 216 000 000.

Das zusätzliche Einkommen beträgt also
RM. 216 000 000.

Schon diese stattliche Summe allein läßt den Schluß zu, daß die baugewerbliche Arbeiterschaft an der Verbrauchsausweitung, die im Jahre 1934 erstmals auch bei den Gütern des starren Bedarfs spürbar war, stark beteiligt war.

Die vorhin erwähnte Erhöhung des durchschnittlichen Lohneinkommens macht den Beruf des baugewerblichen Arbeiters wieder zu einem begehrten und das ist bei dem Mangel an Baufacharbeitern sehr zu begrüßen. Der Zugang von Lehrlingen war in der Nachkriegszeit sehr zurückgegangen; in den Berufsschulen überwog die Masse der „Ungelernten" die der Facharbeiter ganz bedeutend. Dieser Mangel verschärfte sich in der Krisenzeit; viele Schulentlassene fanden überhaupt keine Lehrstelle und damit auch keinen Beruf. Die Arbeitsbeschaffung durch Hochbauarbeiten hat diesen Umstand grell beleuchtet; denn schon beginnt es an tüchtigen Facharbeitern im Hochbau zu fehlen. Anderseits ist nun aber mit der Belebung des Bauhandwerks glücklicherweise die Möglichkeit gegeben, die Wiederergänzung des baugewerblichen Nachwuchses mit Erfolg zu betreiben. Das geschieht in großem Umfange. Nach der Beilage zur Zeitschrift „Arbeit und Arbeitslosigkeit" Nr. 4 des Jahrgangs 1935 Seite VII stiegen die Zahlen der offenen Lehr- und Anlernstellen beim Baugewerbe

	1932/33		1933/34
	von 7 176	auf	16 543
Davon konnten besetzt werden			13 330

In Heidelberg (nach den Mitteilungen des Arbeitsamts)

	1932/33		1933/34
	von 31	auf	82
Davon konnten besetzt werden			80

e) Der für den Hochbau in Betracht kommende Geldstrom wurde aus zwei Quellen gespeist, aus der öffentlichen der Arbeitsbeschaffungsgelder und den Mitteln der privaten Geldgeber. Diese zweite Quelle sprudelte anfangs bescheiden, später aber stärker. Da die Zuschüsse zu Instandsetzung und Ergänzung von Wohnungen an die Bedingung geknüpft waren, daß der Eigentümer selbst bei Instandsetzungen vier Fünftel, bei Umbauten die

Hälfte der Kosten übernimmt, so ergibt sich aus der tatsächlichen Zuwendung von fünfhundert Millionen Reichsmark Reichsmitteln, daß der Hausbesitz selbst mindestens fünfzehnhundert Millionen Reichsmark aufwendete. Zu diesem Zwecke waren gehortete Beträge aus dem Strumpf geholt oder von der Sparkasse und den Depositenbanken abgehoben worden. Auch der Neuhausbau führte kleine Sparbeträge der Bauwirtschaft zu, wo bald die Kreditsicherheit wuchs. Geld- und Lieferantenkredit wurde stärker erbeten und bereitwilliger gewährt. Die Konkurse und Vergleichsverfahren nahmen bedeutend ab und erreichten im Jahre 1934 den tiefsten Stand seit der Währungsstabilisierung.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Baugewerbe[1].

Neue Konkurse			Neue Vergleichsverfahren		
1932	1933	1934	1932	1933	1934
632	277	259	237	47	25

Da die Arbeitsbeschaffung auch Mittelstandshilfe war — die Ausführungsbestimmungen vom 28. Juni 1933 zum Arbeitsbeschaffungsgesetz vom 1. Juni 1933 besagten: „Mittlere und kleinere Unternehmer sollen weitgehendst berücksichtigt werden" — so verspürten die Banken der kleinen Gewerbetreibenden die erste geldwirtschaftliche Wirkung.

Die Umsätze erhöhten sich. Die Heidelberger Sparkasse verzeichnet schon im Jahre 1933 eine Umsatzsteigerung von RM. 4 183 126,61 gegenüber 1932, und im Jahre 1934 sogar eine solche von RM. 33 516 526,30. Sie konnte nach ihren Geschäftsberichten im Jahre 1933 erhebliche Summen für Instandsetzungsarbeiten und im Jahre 1934 neue Baukredite und Tilgungsdarlehen zur Verfügung stellen. Das war aber nur möglich, weil auch die Spareinlagen gestiegen waren.

Was wir hier im kleinen beobachten können, bestätigt die Statistik über die Gesamtleistungen der Sparkassen, die im Jahre 1933 über fünf Milliarden Mittelstandskredite beschafften[2]. Es wird weiterhin bestätigt durch die Tatsache, daß die Sparkassen fünfhundert Millionen Reichsmark Reichsanleihe zeichnen konnten, und endlich auch durch die Tatsache, daß „von den rund 2,4 Milliarden Reichsmark Schatzwechseln (einschließlich Steuergutscheinen), die bei den Banken untergebracht wurden, mehr als die Hälfte, 1471 Millionen Reichsmark, von den Girozentralen, Landesbanken und Sparkassen übernommen, also mittelbar zumeist aus den wachsenden Spareinlagen finanziert worden sind"[3]

Was also auch die Bauunternehmer und Bauhandwerker erübrigten und den Sparkassen und Depositenbanken entweder als Schuldenrückzahlungen

[1] Statistisches Jahrbuch, 1934, S. 384, und Wirtschaft und Statistik, 1935, S. 110.
[2] Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. 1935. Mai.
[3] Wirtschaft und Statistik. 1935. S. 501.

oder als neues Sparkapital überließen, das kam dadurch, daß es der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung diente, zum großen Teil als Einkommen wieder in ihre Hände zurück und half erneut mit an der Kapitalbildung und damit an der Finanzierung des Wirtschaftsaufschwungs, der sich im Jahre 1935 auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens als „ein Liquidisierungsprozeß von zuvor kaum gekannter Schärfe" darstellte[1]. Schon Ende April 1934 hatte sich bei den öffentlich rechtlichen Kreditanstalten die im Verhältnis zu dem Gesamtbetrage der fremden Mittel errechnete Liquiditätsquote auf 62,4 v. H. erhöht, gegenüber 46,1 v. H. Ende Oktober 1933[2]. Diese verstärkte Kapitalbildung ist sehr wichtig, sie ist die Voraussetzung dafür, daß die privatwirtschaftliche Investition sich von der staatlichen Hilfe unabhängig macht. Vielleicht sind wir jetzt nahe an dem Punkte, wo in England die Wirtschaftsbelebung begann. Dort ging der Aufschwung bei flüssigem Geld- und entspanntem Kapitalmarkte von der privaten Investitionstätigkeit aus. Billiges Geld versprach gute Rentabilität durch Investition; man baute. Der Aufschwung brachte aber auch — was bei uns nicht zugelassen werden dürfte — dem Bausummenindex im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1933 eine Erhöhung um rund 30 v. H. über Vorjahrsstand[3].

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Baugewerbes spiegelt sich auch in den Börsenkursen der Aktiengesellschaften des Baugewerbes wieder, die vom Jahresdurchschnitt mit 56,8 v. H. im Jahre 1932 auf
67,4 v. H. im Jahre 1933 und auf
77,5 v. H. im Jahre 1934 stiegen[4].

f) Die verstärkte Bautätigkeit, wie überhaupt die ganze Arbeitsbeschaffung, beeinflußte natürlich auch den Wohnungs-, Grundstücks- und Häusermarkt, der bis zum Jahre 1933 vollständig darniedergelegen war.

Zunächst bewirkte die geldliche Unterstützung des Umbaus, daß sich der Hausbesitz daran machte, die in den Krisenjahren immer stärker gewordene Nachfrage nach kleinen Wohnungen befriedigen zu helfen und zwar nicht nur durch den Umbau von Groß- sondern auch von Mittelwohnungen, der im Jahre 1933 dreieinhalbmal so groß wie im Jahre vorher war. Der Umbau lohnte sich. Die neugeschaffenen kleineren Wohnungen waren bei ihrer günstigen Lage in guten Wohnvierteln und wegen ihrer zeitgemäßen Ausstattung leicht und zu angemessenen Preisen zu vermieten, umso mehr, als der Erfolg der Arbeitsbeschaffung den Kreis zahlungsfähiger Mieter erweiterte.

[1] Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung; Jahrgang 10; Heft 1, Teil A; S. 48.
[2] Wirtschaft und Statistik. 1934. S. 367.
[3] Der deutsche Zimmermeister. 1934. S. 20.
[4] Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1934. S. 62.

Da die Gewährung von Umbauzuschüssen befristet war und die Nachfrage nach kleinen Mietwohnungen eher größer als kleiner wurde, sahen sich die Bauunternehmer nach Bauland um. Im Jahre 1933 wurden bereits 7 v. H., im ersten Vierteljahr 1934 sogar 18 v. H. mehr unbebaute Grundstücke veräußert und erworben als im Vorjahre[1]. Die Grunderwerbsteuer erbrachte in der Zeit von April bis November 1934 um 17,1 v. H. mehr gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre[2]. Die Bodenpreise stiegen etwa um ein Sechstel des Preises der Vorjahre. Auch die Umsätze an bebauten Grundstücken nahmen langsam zu, ohne daß damit eine Preissteigerung verbunden war. „Insgesamt fanden im ersten Halbjahr 1934 (in den von der Statistik erfaßten 49 Groß- und Mittelstädten) 5 856 freiwillige Veräußerungen städtisch bebauter Grundstücke statt, 13 v. H. mehr als im ersten Halbjahr 1933[3]." Besonders gesucht waren und sind noch hauszinssteuerfreie Kleinhäuser. Geringe Nachfrage dagegen besteht für alte Miethäuser, obwohl sie durch die bezuschußten Instandsetzungen und Umbauten an Wert gewonnen haben. Beispiele dafür, daß sich der Hausbesitz in aufsteigender Linie bewegt, führte Fischer-Dieskau in einem Vortrage auf der am 3. und 4. August 1935 stattgefundenen Königsberger Hausbesitzertagung an: Ein großes Wohnungsunternehmen, das fast 24 000 über das ganze Reich verstreute Wohnungen verwaltet, hatte am 31. Mai 1935 ganze 31 Wohnungen leerstehen. Von den von städtischen Gesellschaften in Berlin verwalteten 30 000 Neubauwohnungen standen am 1. April 1935 nur 189 Wohnungen frei.

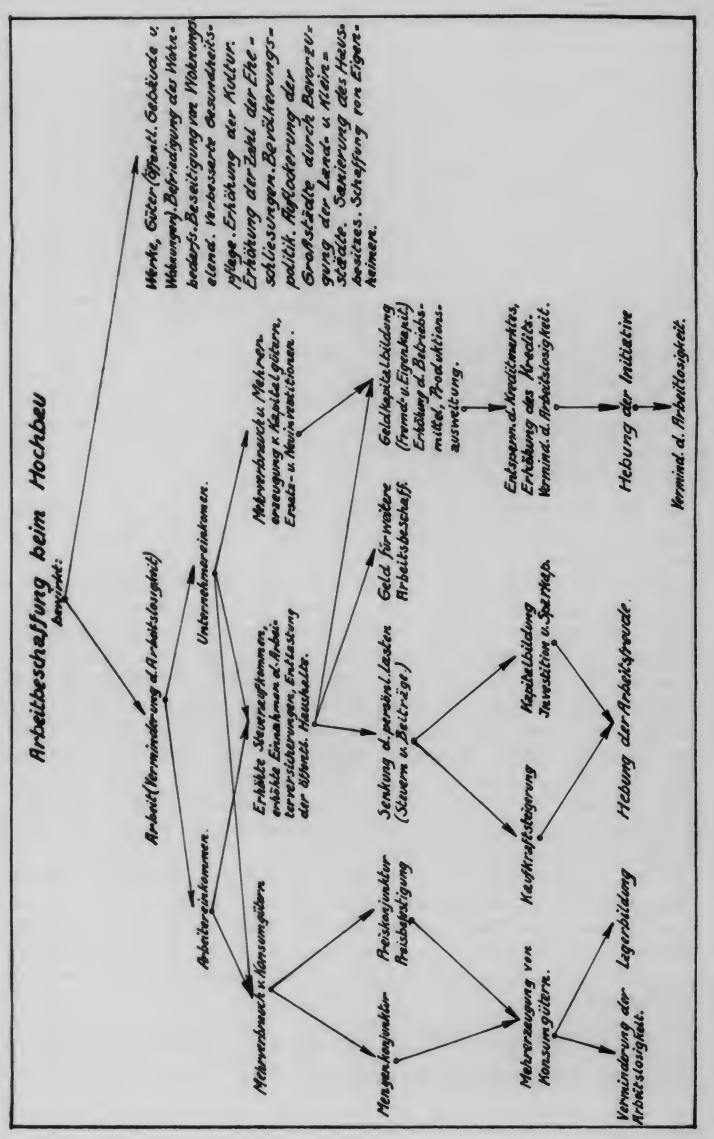
So hat sich doch schon ein Teil der Voraussage erfüllt, die Staatssekretär Reinhardt bei der Hausbesitzertagung in Berlin am 5. Dezember 1933 ausgesprochen hat:

„Der Hausbesitz wird wieder rentabel werden, er wird umso früher rentabel werden, je früher die Arbeitslosigkeit noch wesentlich stärker vermindert sein wird als bisher; denn eine weitere durchgreifende Verminderung der Arbeitslosigkeit ist die Voraussetzung für eine Verminderung des Finanzbedarfs der Arbeitslosenhilfe und für die Verbesserung der Einnahmen an Steuern und Abgaben und somit für eine Senkung der auf Produktion, Verbrauch und Besitz ruhenden Steuernlast und auch für eine organische Senkung der Zinsen[4]."

An der weitern Besserung der wirtschaftlichen Lage des Hausbesitzes wird besonders die Handwerkerschaft teilnehmen, nicht bloß deshalb, weil jeder zweite Handwerker auch Hausbesitzer ist, sondern auch deshalb, weil die Schaffung, Ergänzung und Erhaltung des Hausbesitzes

[1] Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung; Jahrgang 9; Heft 3, Teil B; S. 220
[2] Wirtschaft und Statistik. 1935. S. 12.
[3] Wirtschaft und Statistik. 1935. S. 232.
[4] Der deutsche Zimmermann. 1933. S. 587.

Beilage 7



einem großen Teil des Handwerks dauernd Arbeit und Brot gibt. Darüber hinaus aber hat Erich Tribius, der Präsident des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, recht, wenn er sagt: „Die Wiedergesundung des deutschen Haus- und Grundbesitzes ist nicht Privatinteresse von ein paar Hunderttausend oder vielleicht Millionen Haus- und Grundbesitzern, sondern es ist ein Gesamtinteresse des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft, innerhalb deren der Haus- und Grundbesitz die wirtschaftlich unendlich wichtige Rolle des Sachwalters einer gewaltigen Kapitalmenge zu spielen hat[1]."

g) Zu den Nutznießern der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten gehören auch das Beförderungsgewerbe und die großen Verkehrseinrichtungen. Beide berichten von stets sich steigerndem Verkehr mit Baustoffen. Der Großverkehr wurde gefördert durch die 20prozentige Frachtermäßigung, die die Reichsbahn für reine Baustoffsendung gewährt, die zur unmittelbaren Verwendung durch öffentlich-rechtliche Träger für Arbeiten des Reinhardtprogramms bestimmt sind; ferner durch einen Erlaß des Reichsverkehrsministers, der in gleicher Weise die Schiffahrtsabgaben ermäßigte, jedoch unter der Vorbedingung, daß auch die Schiffrachten um 20 v. H. unter den Normalsatz gesenkt sind.

h) Aus der Berechnung der geldlichen Wirkung des für den Klinikbau verwendeten Geldes (siehe Beilage 4) ergab sich, daß nach 18 Kreisläufen der Staat etwa die Hälfte seines Geldes zurückbekommt, die Mehrung an Einkommen-, Gewerbe- und Verkehrssteuern nicht eingerechnet. Das erhält eine gewisse Bestätigung durch zwei Zahlen, die der Reichsminister der Finanzen in einem Vortrag[2] über die öffentlichen Finanzen im Mai dieses Jahres nannte: Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen sind um anderthalb Milliarden Mark zurückgegangen; die Einnahmen an Reichssteuern sind um anderthalb Milliarden Mark angewachsen. Der öffentliche Haushalt hat damit eine Verbesserung von rund drei Milliarden Mark aufzuweisen. Wenn sich also die an die Arbeitsbeschaffung geknüpften Erwartungen auch hinsichtlich der öffentlichen Finanzen erfüllt haben, so darf der deutsche Hochbau einen ansehnlichen Teil dieses Erfolges seinem Konto buchen. Insbesondere hat er auch einen wesentlichen Anteil an der Erhöhung des Wechselsteueraufkommens durch die für ihn in großem Umfange ausgestellten Arbeitsbeschaffungswechsel, an der Erhöhung der Güterbeförderungssteuer durch die Mehrung des mit dem Hochbau zusammenhängenden Güterverkehrs, und an der Steigerung der Grunderwerb- und Wertzuwachssteuer durch die Belebung auf dem Bau- und Grundstücksmarkt.

[1] Das Grundeigentum, Zeitschrift für Haus- und Grundbesitz. 54. Jahrgang. Nr. 32.

[2] Deutsches Handwerk. 1935. S. 392.

VI. Schlußzusammenfassung

Wir sind am Ende unserer Aufgabe, die Wirkungen der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten darzulegen. Da drängt sich uns der Gedanke auf, daß das Goethewort: „Greift nur hinein ins volle Menschenleben, und wo ihrs packt, da ist es interessant", im Besonderen auch für das Wirtschaftsleben gilt. Von wo aus auch man eine wirtschaftliche Frage aufrollen mag, immer wieder wird man tiefer und tiefer in das weite Gebiet volkswirtschaftlicher Beobachtung und volkswirtschaftlichen Denkens geführt, wo sich uns jeden Augenblick neue Aussichten eröffnen und mannigfache Zusammenhänge erschließen.

So hat uns schon das verhältnismäßig kleine Beobachtungsfeld des Heidelberger Klinikbaus eine Menge von Tatsachen, von „Daten" übermittelt, die freilich erst durch das Inbeziehungsetzen zueinander interessant im Sinne Goethes wurden, indem sie uns fesselten und anregten, den Kreis unserer Betrachtung zu erweitern. Das hat sich reichlich gelohnt; denn nun erst wurde, was interessant war, bedeutend. Was uns der Heidelberger Klinikbau gelehrt hatte, fand im großen und ganzen Bestätigung und gewann durch die Fülle der jetzt zugrunde liegenden Tatsachen an Gewicht. Nun erst dürfen wir sagen:

Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten befruchtet fast die ganze Volkswirtschaft. Alle die Nah- und Fernwirkungen, die sich aus jeder Arbeitsbeschaffung ergeben, nämlich die Mehrbeschäftigung von Arbeitern, die Entstehung von zusätzlichen Einkommen, die Bildung von Geldvermögen, der Mehrverbrauch und die Mehrerzeugung von Kapital- und Verbrauchsgütern, ferner die wieder aus diesen Wirkungen sich ergebenden weiteren Wirkungen erscheinen infolge der engen und vielfältigen Verbundenheit des Hochbaus mit der Gesamtwirtschaft in erhöhtem Ausmaße. Darüber hinaus sichert die hohe Arbeitsintensität des Bauhaupt- und Baunebengewerbes dem Hochbau einen Vorzug vor dem Tiefbau, der wohl für sich selbst als arbeitsintensiv anzusprechen ist, der aber nicht in gleichem Maße wie der Hochbau mit andern arbeitsintensiven Gewerben zusammenhängt und darum auch nicht in gleichem Umfange wie der Hochbau auf die Dauer arbeitsbeschaffend wirken kann. Dazu ist die Abhängigkeit von der Jahreszeit beim Tiefbau größer als beim Hochbau, bei dem die Möglichkeit vorliegt, die Ausführung der Innenarbeiten in die ungünstigere Jahreszeit zu legen und somit dem Arbeitsvolumen eine größere Stabilität zu sichern. Was aber der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten einen weitern Vorzug vor jeder Arbeitsbeschaffung verschafft, das ist die Vielfältigkeit des bei Hochbauten verbrauchten Stoffes, den uns glücklicherweise unsere heimische, auf diesen Verbrauch längst eingestellte Wirtschaft fast restlos liefern kann. So vereinigt die Arbeitsbeschaffung durch Hoch-

bauten in sich die Stärke von arbeitsintensiver mit derjenigen von kapital- und materialintensiver Arbeitsbeschaffung. Sie behebt Arbeitslosigkeit der Menschen und Arbeitslosigkeit der Erzeugungsstätten; sie bringt Arbeitslose zu Beschäftigung und verschafft beschäftigten Menschen durch Mehrbeschäftigung oder Höherkommen einen ausreichenderen Lohn oder Gehalt. Damit wirkt sie einer Not entgegen, die nicht aus dem Verlust, sondern aus der Schmälerung des Arbeitseinkommens entsprungen ist, einer Not, die zwar nicht so kraß in die Erscheinung tritt, aber doch empfindlich spürbar ist, für viele Hunderttausende sowohl wie für die ganze Verbrauchswirtschaft. Zur Behebung dieser Not wird man aber nicht in den Fehler verfallen, den C. Brinkmann dem liberalistischen Staate vorgeworfen hat, „eine Verbrauchskonjunktur zu entfesseln, von der immer klarer wird, wie wenig sie geeignet war, die Wunden des Weltkriegs zu heilen, und wieviel sie im Gegenteil dazu beigetragen hat, seine Verwirrungen zu verlängern und zu überbieten[1]."

Der neue Staat, dem es auf die Förderung des Gesamtwohls und auf die Beseitigung aller Not ankommt, sieht darum in der Arbeitsbeschaffung durch Hochbauten eines seiner besten wirtschaftspolitischen Mittel und er dient in der Anwendung dieses Mittels neben wirtschaftlichen auch hohen staats-, bevölkerungs-, wehr- und kulturpolitischen Zwecken. (Siehe Beilage 7.)

[1] C. Brinkmann, Wirtschaftsform und Lebensform. Rede zur Reichsgründungsfeier, am 18. Januar 1932.

Literaturverzeichnis

1. Arbeitsbeschaffung, eine Gemeinschaftsarbeit. Verlag R. Hobbing, Berlin 1933.
2. Altenbach, G., Dr.-Ing.: Die Verdingungsfrage in der Bauwirtschaft. Verlag Müller, Eberswalde.
3. Brinkmann, Carl: Wirtschaftsform und Lebensform. Heidelberg 1932.
4. Einsiedel, H. v.: Sind öffentliche Arbeiten ein Mittel der Konjunkturpolitik? Frankfurt 1933.
5. Grünig, Ferd.: Der Wirtschaftskreislauf. München 1933.
6. Halm, Georg: Der wirtschaftliche Kreislauf und seine Gesetze. Leipzig 1934.
7. Hotz, E., Dr.-Ing.: Grundlagen der Kostenrechnung und Organisation eines Baubetriebs.
8. Jeidel, E.: Öffentliche Aufträge als Mittel der Konjunkturpolitik. Frankfurt 1933.
9. Reinhardt, Fritz: Generalplan gegen die Arbeitslosigkeit. Verlag Stalling, Oldenburg 1933.
   Derselbe: Die Arbeitsschlacht der Reichsregierung. Berlin 1933.
10. Schmidt, Dr. F.: Die Industriekonjunktur — ein Rechenfehler. (Zeitschrift für Betriebswirtschaft.)
11. Vershofen: Produktionsankurbelung oder Belebung des Verbrauchs? Verlag Krische & Co., Nürnberg 1933.
12. Wagemann, Ernst: Kreislauf und Konjunktur der Wirtschaft. Leipzig 1922.
13. Wagemann, Ernst: Was ist Geld? Oldenburg 1932.
14. Wilken, Folkert: Der Kreislauf der Wirtschaft. Jena 1928.
15. Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches. Berlin 1933, 1934, 1935.
16. Statistisches Jahrbuch für das Land Baden. Karlsruhe 1930.
17. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. Herausgegeben von Zwiedinek-Südenhorst und Albrecht. Bd. 140. 1934.
18. Schmollers Jahrbuch, 57. Jahrgang. 1933.
19. Wirtschaft und Statistik. Jahrg. 1933, 1934, 1935.
20. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung. Jahrg. 1933, 1934, 1935.
21. Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. Jahrg. 1933, 1934, 1935.
22. Arbeitsbeschaffung. Sonderheft der Frankfurter Zeitung. Frankfurt 1933.
23. Arbeit und Arbeitslosigkeit. Anzeiger der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Berlin 1934 und 1935.
24. Der Aufbau. Amtliches Organ der NS-Hago und der Deutschen Arbeitsfront für Handel und Handwerk. Berlin, Jahrg. 1934 und 1935.
25. Deutsche Bauzeitung. Organ des deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen. Berlin, Jahrg. 1933.
26. Bauen, Siedeln, Wohnen. Zeitschrift der Deutschen Arbeitsfront für soziale Bau-, Siedlungs- und Wohnungswirtschaft. Berlin, Verlag der Deutschen Arbeitsfront, Jahrg. 1934 und 1935.
27. Das Baugewerbe. Mitteilungen und Nachrichten des Reichsverbandes des deutschen Baugewerbes. Berlin 1933 und 1934.
28. Baumarkt. Leipzig, Jahrg. 1934.
29. Grundstein. Mitteilungsblatt für den Deutschen Arbeiterverband des Baugewerbes. Berlin, Jahrg. 1934.
30. Betriebsführung. Karlsruhe, Jahrg. 1933.
31. Deutsches Handwerk. München, Jahrg. 1934, 1935.
32. Badische Hausbesitzerzeitung. Karlsruhe 1933, 1934, 1935.
33. Haus- und Grundstückswesen. Heidelberg 1933, 1934, 1935.
34. Malerzeitung Drei Schilde. Leipzig 1934, 1935.

35. Reichsarbeitsblatt. Berlin 1933 und 1934.
36. Reichsgesetzblatt.
37. Reichsplanung, Maiheft 1935.
38. Die deutsche Volkswirtschaft. Berlin, Jahrg. 1933 und 1934.
39. Der deutsche Zimmermeister. Amtl. Blatt des Bundes deutscher Zimmermeister. Freiburg, Jahrg. 1933 und 1934.
40. Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1933. Berlin. (Bericht der Offa.)
41. Dasselbe, 1934.
42. Berichte der Allg. Ortskrankenkasse Heidelberg. 1933 und 1934.
43. Bericht des Verbandes der Portland-Zementwerke Heidelberg, Mannheim-Stuttgart. 1934 und 1935.

Lebenslauf

Am 9. Januar 1908 wurde ich zu Ludwigshafen a. Rh. als Sohn des Prokuristen Heinrich Kaiser und seiner Ehefrau Elise, geborenen Schutzius, geboren. Ich besuchte 4 Jahre die Volksschule und sodann die Realschule bis zur Obersekundareife. Zur Vorbereitung des Studiums eines Elektro-Ingenieurs arbeitete ich 3 Jahre lang im elektrotechnischen Fache praktisch. Dann trat ich in die Ingenieurschule Mannheim ein und bestand im Jahre 1930 nach 5semestrigem Studium die Prüfung als Elektro-Ingenieur. Darnach bildete ich mich durch Selbststudium und durch den Besuch von Abendkursen der Privatrealschule Sigmund in Mannheim weiter und bestand zu Ostern 1932 an der Oberrealschule Heidelberg die Reifeprüfung. Im Sommer-Semester 1932 begann ich meine volkswirtschaftlichen Studien an der Universität Heidelberg und legte im Frühjahr 1935 die Prüfung eines Diplom-Volkswirts ab. Anschließend daran ging ich an die Ausarbeitung vorliegender Dissertation und promovierte am 20. Dezember 1935, nach 8semestrigem Studium, zum Dr. rer. pol.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES

This book is due on the date indicated below, or at the expiration of a definite period after the date of borrowing, as provided by the rules of the Library or by special arrangement with the Librarian in charge.

DATE BORROWED	DATE DUE	DATE BORROWED	DATE DUE

C28(1140)M100

D264 K12

Kaiser, Hans

Arbeitsbeschaffung durch hochbauten.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0041392698

MSH 02209 NEH

JUL 01 1994

NOV 11 1941

END OF
TITLE